

Der Störenfried

Ausgabe 15
Frühjahr 2004

- unabhängig & unerbittlich -

Spendenpreis: 0,80€



Inhalt

4 Linke Politik verteidigen!

Die bundesweiten Demo in Magdeburg

6 Wenn Hass das Hirn vernebelt

Die Bekenntnisse des Herrn K.

8 Gegen Hochschulreformen

Der Aktionstag der Studierenden am 11.12.03

10 Ein Hauch von `89?

Die Grossdemo der Studenten Sachsen-Anhalts in Magdeburg

12 Alles und umsonst?!?

Der Magdeburger Umsonstladen.

14 Legal? Illegal? - Scheißegal!

Werden wir von verkappten Spontis regiert?

18 Britney Spears hat geheiratet...

...und wir sind immer bestens informiert.

22 Das Deutschtum in Sachsen-Anhalt

Eine unvollständige Chronik

26 Von städtischen und völkischen Traditionen

Der Volkstrauertag in Halle

27 Ungeahndeter Ahnenkult

Der Naziaufmarsch am 29. November in Halle.

28 Ästhetischer Sprengstoff

Schwarzbrauner Musicmix in der Tanzbar Palette

35 Zitate des Quartals

36 Aus den Augen - aus dem Sinn

Morsleben: Was kommt nach der Stilllegung?

37 Ausgebliebene Nächstenliebe

Das KZ gleich um die Ecke - Buchvorstellung

38 Was war und kommt...

Direct Action Days in Magdeburg. Von ACN

42 Die unanständig Anständigen

Vom „Sichausziehenmüssen“ auf dem Amt. Von Ines Fritz

44 Autoorganisation

Aktionstage selbstorganisierter Strukturen

46 Die Mühen der Ebene

Die Bewegung der Sozialforen hat nun auch Magdeburg erreicht

49 Ein Sturm ging los.

10 Jahre Aufstand der Zapatisten

52 Weiße Folter

Ausländerpolitik in Sachsen-Anhalt

55 Was heißt Vegan?

56 Black Block: Sowas kommt von Sowas

62 Erstes grosses Störenfried-Preisrätsel

Zu diesem Heft

Entgegen anderslautenden Gerüchten gibt's den Störenfried immer noch. Zwar hat's diesmal etwas länger gedauert, aber dafür haltet ihr gerade die bisher dickste Ausgabe des Störenfried in den Händen. Dennoch konnten wir nicht alle eingetrudelten Artikel unterbringen, wir mussten auf einiges verzichten, was wir gerne gebracht hätten. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Auch ist der HerausgeberInnenkreis des Magdeburger Szene-Fachblattes erweitert worden. Das hat die Herausgabe dieses Heftes nicht eben vereinfacht, aber ein wenig neuen Schwung hat's schon gegeben. Bleibt nur zu hoffen, dass dieser noch ein wenig andauert. Auch wäre unser „Umstrukturierungsprozess“ für diejenigen unter euch, die ohnehin schon immer mit einer Mitarbeit am Magdeburger Fachblatt für Revolutionsangelegenheiten geliebäugelt hatten, eine prima Möglichkeit in der Redaktion mit einzusteigen. Also nicht lange gezauert!

Auch wenn ihr euch nicht gleich wieder für eine beständige Mitarbeit verpflichten wollt oder könnt - wir würden uns durchaus über die eine oder andere Reaktion auf die Ergebnisse unseres Medienschaffens freuen. Zwar erreichen uns mitunter durchaus Reaktionen - wenn auch über Umwege, wie z.B. Indymedia. Gerade ein Beitrag aus dem letzten Heft („Wider Bomben“) ist uns arg angekreidet worden. Leider ist es uns nicht gelungen, eine gemeinsame Stellungnahme zu dieser Kritik zu verfassen, wir hoffen aber, dies in der nächsten Ausgabe nachzuliefern zu können.

Zu kritisieren gibt es an dieser Ausgabe sicher auch wieder genug. So haben wir diesmal auf einige unserer altbewährten Rubriken (wie z.B. die Zeitungsschau, die Lokalgeschichtliche Rubrik oder auch einen KULTur-Beitrag) verzichten müssen. Zum einen, weil eben viel zu viel Material für viel zu wenig Papier da war, zum anderen, weil das Neuzusammenraufen in der Redaktion doch einigermassen an Mehraufwand bedeutete.

Aber dennoch glauben wir, dass wir diesmal wieder ein recht gute Mischung aus lokalen und überregionalen Beiträgen gelungen ist. Eingeleitet wird das Heft mit einem kurzen Bericht zur bisher grössten linken Demo in Magdeburg aus auswärtiger Sicht. Leider ist wird uns das Thema wohl auch in den nächsten Monaten noch weiterhin verfolgen. Die drei Beschuldigten sind zwar vorerst freigelassen worden, aber zumindest zwei von ihnen sind immer noch von einer Haftstrafe bedroht. Das Foto auf der Titelseite stammt von dieser Demo am 25.10. - und diesmal haben wir bezüglich der Teilnehmerzahlen nicht per elektronischer Bildverarbeitung nachgeholfen!

Die weiteren Artikel vorzustellen ist hier nicht mehr der Platz - nur für den Hinweis auf zwei Highlights: unser erstes Preisausschreiben am Ende des Heftes sowie die erste Folge unserer Comic-Reihe „Black.Block“.

Ansonsten wünschen wieder viel Lesespaß:

Eure Störenfriede

Linke Politik verteidigen

Die bundesweiten Demo in Magdeburg aus Hamburger Sicht

Am 25.10.03 fand in Magdeburg eine bundesweite Demonstration unter dem Motto „Linke Politik verteidigen - Freiheit für Marco, Daniel und Carsten und allen anderen politischen Gefangenen“ statt. Anlass war der Prozessauftritt vom 21.10. im 129a-Verfahren gegen die drei Magdeburger Linken, denen die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird.

An der von der Soligruppe Magdeburg/Quedlinburg mit Unterstützung von ca. 70 Gruppen und Organisationen organisierten Demo beteiligten sich ca. 2500 Personen, fast ausschließlich aus der linksradikalen organisierten Szene. Die DemonstrantInnen forderten die Abschaffung der politischen Paragraphen 129 a/b StGB und die Freilassung von Carsten, Daniel und Marco.

In einem Teil der vielen Redebeiträgen und Grußbotschaften (u.a. aus Griechenland, Italien und der Schweiz) wurden

diese Forderungen mit einer fundamentalen Kritik an Staat und Kapitalismus verbunden. Diese gelangte zwar nicht über Lippenbekenntnisse hinaus und spiegelte die gegenwärtige Konzeptionslosigkeit der radikalen Linken wider. Dennoch wurde so die politische Motivation nicht nur auf Seiten der Repressionsorganen verortet und die Linke als deren Opfer inszeniert, sondern die Notwendigkeit und Legitimität linksradikaler Politik und Widerstandes aus den gesellschaftlichen Verhältnissen heraus begriffen und benannt.

Dabei sorgte die Länge der Demo - vier Stunden durch die größtenteils fast menschenleeren Strassen der Magdeburger Innenstadt und angrenzender Wohngebiete - dafür, dass am Ende etwas die Luft raus war. Vielleicht sollte mensch das nächste Mal mehr Energie darauf verwenden, die eigenen Anliegen pointierter auf den Punkt zu bringen und für einen knackigen Abschluss zu sorgen...

Die TeilnehmerInnenzahl von „nur“ 2500 bei einer der wichtigsten Mobilisierungen der letzten Jahren mag ebenfalls einen etwas schalen Nachgeschmack hinterlassen. Aber vielleicht ist das auch eine Frage der Perspektive. Sicherlich konnte hier



nicht an die Dimensionen angeknüpft werden, die zuletzt die radi-Mobilisierungen Mitte der 90er Jahren hatten. Zum einen sind wir nicht mehr in den 90ern und der Zustand der Linken ist seitdem (mal wieder) noch viel desolater geworden als er es schon immer war, und zum anderen scheint das Thema 129a bei vielen nicht so unmittelbar präsent zu sein.

Das spiegelte sich etwa auch in einem Redebeitrag wieder, den eine Genossin für den im Zusammenhang mit dem aktuellen Verfahren kriminalisierten Autonomen Zusammenschluss hielt. Sie sprach davon, dass die relativ junge Szene in Magdeburg mit der 129a-Geschichte mit einem absoluten Novum konfrontiert war und benannte die Schwierigkeiten, überhaupt einen Umgang mit der damit verbundenen Repressions- und Einschüchterungswelle zu finden. Vor diesem Hintergrund bewerten sie die funktionierende Soliarbeit und die Tatsache, dass die Demo stattfindet als Moment, aus dem sich



wieder Mut und Kraft schöpfen lässt, um weiterzumachen.

Festzuhalten bleibt, dass die lautstarke und entschlossene Durchführung der Demonstration bis zum Ende als Erfolg zu bewerten ist.



Quellen: ZECK (das Info aus der Flora) Nr. 117 - für die Texte, die Bilder stammen von mob-action.de

Wenn Hass das Hirn vernebelt

Die Bekenntnisse des Herrn K.

Was ist guter Journalismus? Gute Beispiele dafür finden sich massenhaft, vor allem bei unserem großen Vorbild, der Magdeburger Volksstimme. Sie ist seit jeher für qualitativ hochwertige, brillant recherchierte und objektive Berichterstattung weit über die Grenzen unseres Landes hinaus bekannt. Aber genug der Ironie, Zeit für ein wenig Sachlichkeit. Wir stören uns an der Berichterstattung über eine Demonstration, die am 25.10.2003 in Magdeburg stattfand und sich auf einen Prozess gegen drei Magdeburger Linksradikale bezog.

„Wüste Parolen, aber keine Steine: Der große Straßenkampf blieb aus“. Ein wenig enttäuscht schien der Verfasser schon, dass seine Klischees über die linke Szene in Deutschland nicht so recht bedient wurden. In seinem Artikel zeichnete der Autor ein Bild von gewaltbereiten, versoffenen Asozialen, vor denen die rechtschaffenen Magdeburger Bürger geschützt werden müssen.

Von den über 2000 Demonstranten suchte er sich zielsicher nur die aus, die auch genau seinen Vorstellungen entsprachen. Einem versierten Journa-

listen hätte klar sein müssen, dass zwar auf jeder linken Demo ein paar betrunkenere Mächtegernrevoluzzer auftauchen, deren politische Überzeugung über Klammotten, Musik und platte Parolen nicht

Linksextremistische Demo

Schizophrenen

Von Bernd Kaufholz

Sie geht ihnen schnell über die Lippen, die Forderung nach einem kommunistischen Staat und Militanz. Weg mit dem Unterdrückersystem – wenn es sein muss mit Gewalt – her mit dem Himmel auf Erden.



Ob den potenziellen „Straßenkämpfern“ dabei überhaupt klar ist, dass sie nur in einer Demokratie – also der Staatsform, die sie abschaffen wollen – die Möglichkeit haben, sich so zu artikulieren, scheint mehr als fraglich. Was wäre denn passiert, wenn sie in der DDR demonstriert hätten?! Ganz davon abgesehen, dass es diese Demo von vorn herein niemals gegeben hätte, die Linksradikalen wären zusammengeknüppelt und ins Gefängnis gesteckt worden. Nordkorea, Kuba, China – die letzten kommunistischen Bastionen – wer kann es sich dort erlauben, ohne seine Gesundheit aufs Spiel zu setzen, in jener Form gegen den Staat aufzustehen, wie die Extremisten am Sonnabend? Es ist schizophren: Sie kämpfen für eine Diktatur, die sie sofort hinter Gitter bringen würde. (Seite 1/Sachsen-Anhalt)

wesentlich hinausgeht. Die übergroße Mehrheit jedoch bestand aus Personen, die einen klaren Kopf und durchdachte politische Ansichten verfügen.

Die Diktion des Artikels vermied jedoch konsequent jeden Anflug von Sachlichkeit und bot eine Berichterstattung, die sich scheinbar am Niveau der „Bild“

orientierte. Zur undifferenzierten Beschreibung der Demonstranten gesellten sich wertende Verben und Adjektive in Hülle und Fülle sowie ein völlig distanzloser, zutiefst emotional gefärbter Schreibstil. Auf einen Nenner gebracht: „Staat Scheiße. Bullen Scheiße. Anarchie gut, Kommunismus gut.“ Soweit die Einschätzung der Redebeiträge der Demonstranten. Kommentare gehören eigentlich in einen Kommentar, nicht in einen Bericht, dass sollte man als Redakteur eigentlich wissen. Die Verwechslung von Akkusativ und Dativ sowie Fehler bei der Verwendung des Konjunktivs fielen da gar nicht mehr auf.

Es ist ja nicht schlimm, politisch eher zum ultra-konservativen Lager zu gehören. Das liegt derzeit im Trend und ist bei einer regierungsnahen Zeitung sicherlich auch ganz hilfreich. Wenn man sich aber für einen Journalisten hält, sollte man zumindest versuchen, Häme, Hass und Halbwahrheiten aus der Berichterstattung heraus zu halten.

Man hält es nicht für möglich, doch der Autor legte noch einmal nach. Er schrieb einen Kommentar. Wie er richtig bemerkte, traten einige Demonstranten für den Kommunismus, andere für die Anarchie ein. Da sich die Regime in Nordkorea, Kuba und China als kommunistisch bezeichnen, zog er den Schluss, die Demonstranten kämpften für eine Diktatur. Mit Vernunft hat dies nun überhaupt nichts mehr zu tun. Es ist

schon eine Menge Alkohol vonnöten, um derartige Zusammenhänge nachvollziehen zu können. Dass sich autoritäre Regime und von emanzipatorischen Ideen geprägte Gesellschaft fundamental widersprechen, sollte selbst einem Redakteur der Volksstimme klar sein.

Es besteht jedoch noch Hoffnung. Ein zweiter Artikel, von einem anderen Autor, berichtete über eine Pressekonferenz der Soligruppe. Auch hier keine



Sympathie, aber dass ist auch nicht der Sinn eines Berichts. So schreibt man, wenn man ein guter Journalist ist, einen Bericht: nüchtern, sachlich und trotzdem nicht langweilig. Nur scheint das in der Volksstimme nicht unbedingt erwünscht zu sein. Da schreibt man über Schandflecken, betreibt seitenweise Nabelschau und hofft klammheimlich darauf, dass mal irgendwo so richtig die Luzie abgeht. Und wenn's dann doch nicht kracht, tja dann, dann kann man immer noch eine Gruselgeschichte erzählen, von dem mordenden Pöbel, der uns brave Bürger bedroht. Der Feind ist rot, am besten tot...

Gegen Hochschulreformen

Der Aktionstag der Studierenden am 11.12.03

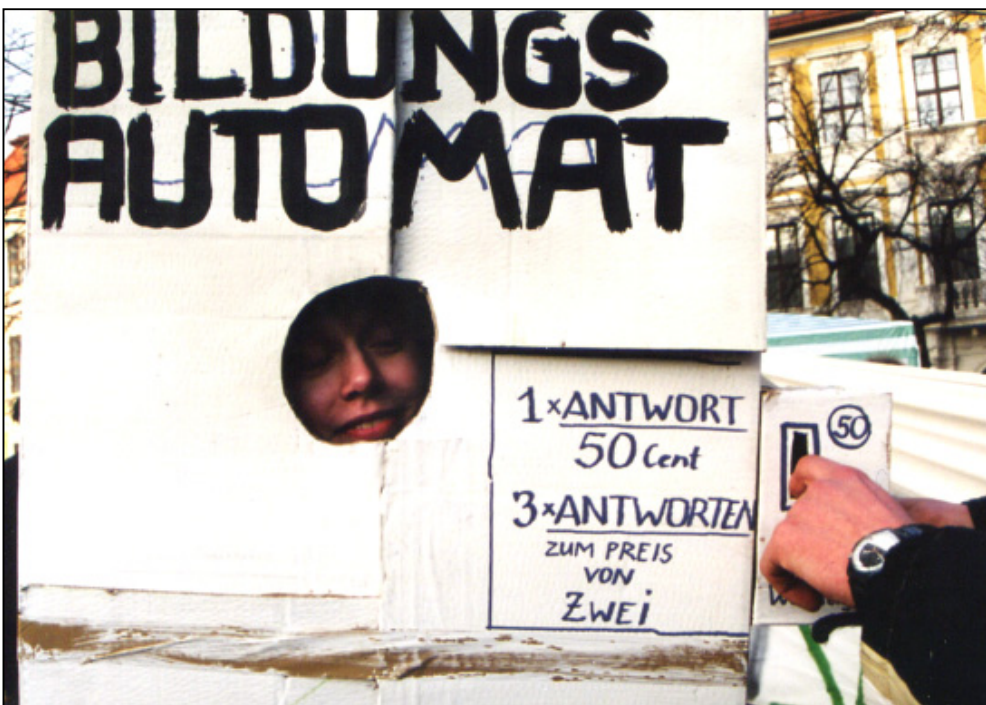
Im folgenden findet ihr zwei Berichte über die Aktionen der StudentInnen Ende letzten und Anfang diesen Jahres in Magdeburg. Der erste stammt von einer Aktivistin aus Halle und wurde bereits vor den letzten Protesten geschrieben, der zweite von einem Magdeburger Studenten.

Am Donnerstag, dem 11. Dezember 2003 fanden vor dem Landtag in Magdeburg Aktionen als Protest gegen das neue Landeshochschulgesetz und den Hochschulstrukturplan statt. Diese beinhalten eine Haushaltskürzung bis zu 10 % bis zum Jahre 2012 an den Hochschulen und Universitäten des Landes. Das heißt, dass Fachbereiche geschlossen und aufgrund der Mittelkürzungen mit der Zeit abgebaut werden. Im Zuge dessen steht in Halle die Abschaffung des Sport- und Sprachenzentrums zur

können. Gleichzeitig soll aber die Anzahl der Studenten weiterhin erhöht werden. Auch die Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudenten und Benutzergebühren sind in dem Gesetz vorgesehen. Um der Durchführung dieses Gesetzes im März diesen Jahres entgegenzuwirken, haben sich seit November Protestbewegungen entwickelt.

Während es in Halle eine Streikwoche gab, blieben die Proteste in Magdeburg eher verhalten. Daher organisierten Stu-

denten der Martin-Luther-Uni und der Burg Giebichenstein verschiedene Aktionen, um die Proteste auch in der Landeshauptstadt in Gang zu bringen. Circa 100 Hallenser Studenten fanden sich dazu auf dem Domplatz ein, um auf die gravierenden Einschnitte aufmerksam zu machen. Unterstützt wurden sie von



Fotos: Anna Maria Zinke

Debatte. Im Ganzen hat das zur Folge, dass die Qualität der Lehre und die Einhaltung der Regelstudienzeit nur noch eingeschränkt gewährleistet werden

einer leider eher geringen Anzahl Magdeburger Studenten. Dies lag zum Teil auch daran, dass die Studentenräte zu wenig informiert und aufgeklärt hatten.



Vor dem Eingang des Landtags wurde ein Informationsstand errichtet, von dem aus die Aktionen koordiniert wurden. So errichteten wir als erstes eine Bildungslücke vor dem Eingang des Gebäudes, ein symbolischer Kreis aus Bauschaum, der nicht betreten werden sollte. Dieser sollte zum Ausdruck bringen, dass Bildung und Bildungsförderung nicht den Stellenwert erhalten, den sie in diesem Land haben sollen. Ausserdem verteilten wir "Studienplätzchen" an die Landtagsabgeordneten. Eins kostete 500 Euro – der Preis für ein Semester bei Langzeitstudium – die Plätzchen waren geschmacksneutral bis bitter ...

In den Magdeburger Strassen waren wir durch einen "Trauermarsch" und einem Bildungslum vor McDonalds präsent. Hier erklangen weihnachtliche Kürzungslieder der bettelnden Studenten. Es liefen "Bildungsautomaten" herum und gaben den Passanten für 50 Cent eine bildungsreiche Information. Bil-

dung wird schließlich immer mehr zur Ware degradiert. Fangen wir also an, Geld für die Studienplätze zu sammeln. Des Weiteren liefen andere Studenten mit verschiedenen Plakaten bekleidet durch die Innenstadt. "Sparst du noch, oder studierst du schon?"

Der Erfolg des Ganzen war, dass wir mit den Studentenvertretern der FH Magdeburg eine Ausweitung des Protestes planten und der Forderungskatalog der Halleschen Studenten im Landtag zusammen mit vielen tausend Unterschriften übergeben wurde.

Über die Weihnachtsferien wurde ein "Waffenstillstand" mit dem Landtag vereinbart. In diesem Jahr starteten die Proteste mit der Besteigung des Brockens am 14.1., organisiert von der FH Harz mit Beteiligung anderer Studierender aus Sachsen-Anhalt.

Ein Hauch von `89?

Die Grossdemo der Studenten Sachsen-Anhalts in Magdeburg

Am 28. Januar demonstrierten über 4000 Studenten aus allen Teilen Sachsen-Anhalts gegen die Änderung des Hochschulgesetzes. Mit gutem Grund, denn durch diese Novellierung werden Studiengebühren quasi durch die Hintertür eingeführt. Die Landesregierung fährt dabei die alte Strategie "Teile und herrsche", indem sie die Studenten in "Regelzeitstudenten" und die, die (4 Semester) über die Regelzeit hinaus studieren, zu spalten versucht. Letztere sollen in Zukunft um die 500 Euro pro Semester bezahlen, während die "Anderen" angeblich auch in Zukunft nichts bezahlen müssen.

So ganz wurde aus der Spaltung nichts, denn irgendwie hat dann doch ein ordentlicher Teil der Stu-

den erkannt oder wenigstens gespürt, daß diese Gesetzesänderung letztendlich gegen alle gerichtet ist. Die Stimmung war schon gespannter als auf der Demo Ende 2003, die wirklich nur kraftlos war. Am 28.1. gab es doch beständige Versuche, die Demo zu einer lautstarken zu machen (Naja, die richtige Wut war es noch nicht, aber die kommt sowieso erst, wenn die Leute direkt betroffen sind). Die abschließenden Reden auf dem Domplatz waren eher mau, bis auf eine (ich glaube, es war der DGB-Landesvorsitzende, der auch die Agenda 2010 so scharf angegriffen hat, wie ich es

dem DGB sonst nicht zutraue.)

Schön war auch, daß sich die Magdeburger Musikstudenten weigerten, schöne Lieder



den-



vernichter Olbertz hat auf der Bühne sogar einen Schneeball gefangen, was die Demoleitung doch sehr schlimm fand. Wenigstens hat sie uns dann noch darauf aufmerksam gemacht, daß Schröder in einer Stunde das Fraunhofer-Institut unter Ausschluß der Öffentlichkeit besucht und daß die Demonstration sich aufs schärfste von Aufrufen, den Kanzler zu besuchen, distanziert.

Also bin ich zum Institut, wo auch schon Demonstranten und noch mehr Polizei standen. Ganz lustig waren die verschiedenen Versuche, die Ketten zu umgehen – doch erfolglos. Wenigstens konnte man uns aus ca. 100 m Entfernung hören und sehen, Schneebälle schmeißen konnten wir aber nicht. Mit dem Kanzler rückte dann auch die Polizei ab. So haben wir noch spontan eine 50-Mann Demo veranstaltet. Völlig unbehelligt durch die Polizei konnten wir auf der W.-Rathenau-Str. und auf dem Universitätsplatz entlang demonstrieren und den Verkehr aufhalten. Auf der ersten Hälfte des Breiten Weges liefen wir

auf den Schienen, als uns die Wannen doch entgegenkamen. Sie zwangen uns, auf den Fußweg zu gehen und eine Demoleitung zu bestimmen. Wir weigerten uns, aber nachdem sie uns einige Zeit festgehalten hatten, waren wir weich, und sie bestimmten einfach irgend jemand. Die ganze Sache verlief dann bis zum Bahnhof auf dem Bürgersteig.

Hoffen wir, daß weitere Artikulationsversuche folgen und daß die Sprache deutlicher wird.

Alles und umsonst?!?

Der Magdeburger Umsonstladen.

Das Prinzip ist denkbar einfach: Menschen bringen Dinge vorbei, die sie nicht mehr brauchen und Andere, die etwas benötigen, holen sich Dinge für den persönlichen Gebrauch ab. Dabei wird nicht getauscht, also keine Gegenleistung erwartet und der eher egoistische Gedanke "Ich gebe nichts ohne zu nehmen" in Frage gestellt..

Dieses Prinzip, in einer kapitalistischen, vom Konsum/Wegwerfwahn geprägten Gesellschaft eher selten, findet in Umsonstläden Anwendung. Solche Läden gibt es hierzulande in mehreren Städten und seit Juni 2003 auch in Magdeburg.

U-Läden sind kapitalismusfreies Gebiet. Hier wird niemand zum Kaufen animiert und auch nicht durch Unmengen von Werbung manipuliert. Geld als Zahlungsmittel wird nicht benötigt und die Mitarbeit in solchen Läden geschieht auf freiwilliger Basis ohne Bezahlung. Menschen sollen angeregt werden, sich ihrer wirklichen Bedürfnisse bewußt zu werden und vielleicht ein Stück weit über eigenes Konsumverhalten nachzudenken.

Praktisch bieten U-Läden die Möglichkeit Bedürfnisse auf alternative Art zu decken. Eine Möglichkeit für Menschen, für die Lohnarbeit nicht Hauptsinn und Inhalt des Lebens ist, trotzdem über die Runden zu kommen. Auch eine Möglichkeit für Menschen, die "sozial" am Rande der Gesellschaft stehen, seien es nun "unfreiwillig" Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger oder andere "benachteiligte" Menschen, die mit geringen finanziellen Mitteln ihr Dasein bestreiten müssen, trotzdem grundlegende Dinge des täglichen Gebrauchs zu bekom-

men und sie nicht kaufen zu müssen (was viele sowieso nicht können).

Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist Müllvermeidung. Viele Dinge, die sonst im Sperrmüll landen würden, finden so Menschen, die aus ihnen noch praktischen Nutzen ziehen und trägt so zur allgemeinen Müllvermeidung bei.

U-Läden sind in vielen Fällen auch Kommunikationsplattform und Nachbarschaftstreffpunkt. Unterschiedlichste Menschen kommen zusammen und es entsteht eine Vielzahl von Projekten und Initiativen, bei denen das Miteinander von Menschen im Vordergrund steht. Beispiele hierfür sind food-coop-Initiativen, Fahrradselbsthilfswerkstätten, Kleinmöbellager, unabhängige Bibliotheken, Infoläden und ähnliches.

Ein Gratisring ist eine weitere dieser selbstorganisierten Initiativen. Ähnlich wie beim Prinzip des Umsonstladens Dinge nach Möglichkeiten und Bedürfnissen Geben und Nehmen zu können, funktioniert das Ganze hier mit Fähigkeiten. Menschen sollen angeregt werden ihre Fähigkeiten (wie beispielsweise Reparaturarbeiten, Märchen vorlesen oder Haare schneiden) anderen Menschen zur Verfügung zu stellen. Im Gegensatz zu den schon länger bekannten Tauschringen gibt es auch hier keine direkte Gegenleistung, dafür aber die Möglichkeit andere Angebote in Anspruch nehmen zu können.

Ein Umsonstladen in Magdeburg

Angelehnt an die Idee anderer Umsonstläden konnte im Juni 2003 mit Unterstützung der Hochschule - Magdeburg Stendal ein U-Laden in Magdeburg gegründet

werden. Nach zähem Ringen um Räumlichkeiten konnte nach einem Jahr Planungsphase endlich ein Kellerraum in der Brandenburger Straße bezogen werden. Anfangs ein leerer Raum, füllte sich über die Wochen hinweg mit allerhand Gegenständen an. Die Öffnungszeiten von damals 3 Stunden pro Woche wurden von relativ vielen Menschen angenommen. Der Laden entwickelte sich, nahm nach und nach Gestalt in Form von Regalen, Sitzcke und jeder Menge Farbe an.

Da die Miete von der Hochschule übernommen wurde, mußten wir uns um dieses Problem nicht kümmern, Spenden reichten sowieso nur zum Kopieren von Flyermaterial. Baumaterial und Einrichtungsgegenstände wurden in der Anfangszeit von uns (den Leuten, die den Laden betreuen) bereitgestellt.

Mittlerweile hat sich im Vergleich zur Anfangszeit ein festes Team herausgebildet, die Zeit und Energie in das Projekt stecken. Dieses macht es uns möglich, den Laden momentan vier Mal die Woche zu öffnen. Resonanz und Akzeptanz liegen weit über unseren Erwartungen so besuchen im Schnitt 20 Menschen pro Öffnungszeit den Laden.

Viele BesucherInnen stellen Fragen und sind auch bereit, sich mit dem Konzept und der Idee des Ladens auseinanderzusetzen, einige aber auch ignorant und sehen im Laden nicht mehr als einen Ort, wo Mensch möglichst viel gratis mitnehmen kann. Aus diesem Grund haben wir die Anzahl der Dinge, die mitgenommen werden können auf 3 begrenzt, damit Mensch sich überlegt, was er wirklich braucht. Auch wer wochenlang nur nimmt, wird irgendwann einmal freundlich auf sein doch eher unsoziales Verhalten angesprochen. Im Grunde nehmen wir alles, was für Men-

schen noch einen Gebrauchswert hat. Das können ausgewählte Klamotten, Bücher, Geschirr, technische Geräte und ähnliches sein. Größere Gegenstände oder Möbel können über eine Pinnwand im Laden angeboten werden .

Wichtig ist, daß alle Dinge noch funktionieren und Klamotten gewaschen sind. Auch Fähigkeiten werden hin und wieder angeboten, doch die Idee des Gratisrings konnte sich noch nicht wirklich durchsetzen. Für viele Menschen scheint die gängige Arbeitslogik (Arbeit für Lohn) immer noch annehmbarer als eine Alternative. Trotzdem bieten viele Menschen umsonst ihre Mitarbeit im Laden an. Auch finden seit November regelmäßig kostenlose Ver-

UMSONSTLADEN "LIRUMLARUM" MAGDEBURG

Brandenburger Str.9/Innenhof

Open at: Mo & Die 13-18 Uhr

und Do & Fr 13-17 Uhr

Infos: www.umsonstladenmd.de

anstaltungen statt .

In nächster Zeit wird somit auch ein Infoladen mit kostenlosem Infomaterial zu vielen politischen Themen neue Heimat im Laden finden. Für ein weiteres Projekt brauchen wir Unterstützung: Zusammen mit dem Thiembuktu ist eine Art Bibliothek geplant. Möglichst viele (und auch vernünftige) Bücher sollen umsonst an öffentlichen Orten in Umlauf gebracht werden. Diese Bücher können dann gelesen, weiterverschenkt oder zurückgebracht werden. Darum brauchen wir soviele Bücher wie möglich. Wer also welche entbehren kann, bitte im Laden oder im Thiembuktu vorbeibringen.

Auch freuen wir uns immer über Menschen, die Lust haben im Laden oder an einzelnen Projekten mitzuarbeiten.

Legal? Illegal? - Scheißegal!

Die heimliche Maxime der Landesregierung Sachsen-Anhalts - werden wir von verkappten Spontis regiert?

Der Justizminister hilft seinen Kum-pels aus der Patsche und in Ämter. Der Wirtschaftsminister verschafft Parteifreunden hübsche Aufträge. Der Bildungsminister riskiert die bundesweite Anerkennung des Abiturs in Sachsen-Anhalt. Der Innenminister kippt den Heidekompromiss zur friedlichen Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide. Und die Landwirtschaftsministerin will Freilandversuche mit gentechnisch verändertem Mais durchführen. Letzteres widerspricht europäischem und deutschem Recht, ist also auch illegal. Nur: mir ist das nicht egal, ich will hier leben.

Was verspricht sich die Landesregierung von Freilandversuchen? Arbeitsplätze - ist doch klar! Nicht klar ist, wo die geschaffen werden sollen und ob mehr oder weniger, Mediziner oder Bauern.

Die Landesregierung konkret: „Mögliche Anwendungen der Gentechnik in der Pflanzenzüchtung sind beispielsweise: Resistenzen (gegen Viren, Pilze, Bakterien, Herbizide).“Dadurch“ (...) können Nutzpflanzen unter anderem gegen Insekten, Bakterien, Pilze und Viren widerstandsfähig gemacht werden. (...) Ein weiterer Anwendungsbereich ist die Erzeugung herbizidtoleranter Pflanzen,“ um“ den Herbizideinsatz zu reduzieren.“ (Internetportal Sachsen-Anhalt).

„Wirtschaftsminister Rehberger erklärte, Sachsen-Anhalt sei das erste Bundesland, dass die Forderung der EU nach einer Koexistenz von ökologisch

konventionellem und gentechnisch verändertem Mais umsetzen will. Längst würden in der EU gentechnisch veränderte Lebensmittel verkauft, angebaut jedoch kaum.“, vermeldete der MDR. Das einzige, was an dem Satz stimmt, ist: „Wirtschaftsminister Rehberger erklärte“.

Mit der Initiative vom 07.11.03 der Landesregierung will man nun vollendete Tatsachen schaffen. "Wir wollen ein Signal setzen, dass wir den Anbau in größerem Stil wollen." "Wir" - das sind Unternehmen wie KWS, Bayer, Syngenta, Monsanto, Pioneer, BASF und Bio Mitteldeutschland. Nach Herrn Katzek (Bio Mitteldeutschland) sind die Voraussetzungen in Sachsen-Anhalt bestens: die Bauern aufgeschlossen, die Böden gut und die Arbeitslosigkeit hoch.

Alles Lügen, Mutmaßungen oder bestenfalls fromme Wünsche - kommen wir zu den Tatsachen. Konkret ist geplant, dass in Sachsen-Anhalt zunächst BT-Mais, ein in einer bestimmten Art und Weise gentechnisch veränderter Mais, getestet werden soll. Es gibt verschiedene Sorten. Die einen sind resistent gegen Schädlinge oder bilden gar Schädlingsgifte, die anderen sind resistent gegen bestimmte Pflanzengifte, manche sollen alles auf einmal können.

Herbizidresistente Pflanzen

Auf herbizidresistenten Pflanzen (Herbizide sind einfach Pflanzengifte) kann man maßlos Gifte versprühen. Diese gelangen dann in die Nahrungs-

kette und ins Trinkwasser. Was aber noch viel schlimmer ist, ist der Umstand, dass aufgrund von Kreuzungen sich auch die Unkrautpflanzen verändern. Diese werden somit auch resistent - eine Entwicklung, die sich in wenigen Jahren vollzieht. Dann kann man nicht nur, dann muss man mehr Gift auf die Flächen bringen. In den USA, wo Unmengen Gen-Mais angebaut wird, ist genau das passiert.

Schädlingsresistente Pflanzen

Die andere Resistenzmöglichkeit entsteht durch Pflanzen, die selbst Gifte gegen Insekten produzieren. Durch den Einsatz dieser Pflanzen verändern sich die Insekten. Beobachtet wurde, sie werden resistent oder sterben in dem Gebiet aus, weil sie die Gifte nicht vertragen. Das biologische Gleichgewicht wird dadurch gestört,

die Vermehrung von Blütenpflanzen wird eingeschränkt. Und schlimmer noch: Es entstehen Hormone bei Tieren und Menschen, die diese Pflanzen verzehren, die gegen Antibiotika widerstandsfähig machen. Die Funktion von Antibiotika in der modernen Medizin ist sicher bekannt. Es wird vermutet, dass Allergien beim Menschen dadurch ausgelöst werden.

Von einem Bauern in Deutschland, der seine Kühe mit BT-Mais fütterte, ist bekannt, dass die Milchleistung zurückging und zwölf Kühe inzwischen verendet sind. Ein Zusammenhang konnte angeblich nicht nachgewiesen werden - die Versuchspräparate verschwanden plötzlich. Die Erkrankungen gingen jedoch zurück, nachdem der Mais abgesetzt wurde. In Japan konnte erstmals BT-Gift auch in Rindern nachgewiesen werden. [Greenpeace]



Gentechnisch veränderte Pflanzen vermehren sich unkontrolliert. Das betrifft sowohl Samen als auch Pollen - man bekommt sie nicht mehr unter Kontrolle. In Kanada haben Wissenschaftler eine Ausbreitungsgeschwindigkeit von 20 km im Jahr festgestellt und eingeschätzt, dass die Rapsfelder erst 16 Jahre nach Ende des Anbaus manipulierter Pflanzen wieder frei von deren Spuren sind. Bald dürften selbst Begüterte, die Wert auf sauberes Rapsöl legen, sich das Zeug aus Europa kommen lassen müssen ...

Es wurden also resistente Pflanzen gezüchtet – falsch dargestellt ist nur, dass diese Pflanzen nützlich bzw. ungefährlich sind.

„Aufgeschlossene Bauern“

Nun zu den aufgeschlossenen Bauern: „Mit großer Sorge nehmen der Deutsche Bauernverband und der Landesbauernverband Sachsen-Anhalt zur Kenntnis, dass sich in Sachsen-Anhalt eine Initiative aus Biotechnologie- und Pflanzenzuchtunternehmen mit der Landesregierung gebildet hat, um in Sachsen-Anhalt ein vorgezogenes Anbauprogramm von gentechnisch veränderten Pflanzen (BT-Mais) auf der Basis eines Memorandums zu ermöglichen. Dies ist umso verwunderlicher, als Bund und Länder sich bisher noch nicht auf die Umsetzung der EU-Freisetzungsrichtlinie und der EU-Verordnung zur Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von GVO sowie Regeln für die Koexistenz verschiedener Anbauverfahren verständigt haben.“ vermeldet der Landesbauernverband Sachsen-Anhalt e.V am 7.11.2003 in einer Pressemitteilung.

Mit anderen Worten: Die Bauern sind aus gutem Grund einer gesunden Um-

welt gegenüber aufgeschlossen und nicht der Gentechnik wie der Herr Minister meint.

Wenn die Bauern nicht bloß Geld schneiden wollen, sehen sie auch, daß die angestrebte höhere Produktivität Arbeitsplätze kostet und daß von den verdorbenen Nachbarfeldern nichts genteuri oder gar biologisch verkauft werden kann. Es wird Kleinkriege auf den Dörfern geben. Und wohin soll der Mist verkauft werden? Die Menschen in diesem Lande wollen das nicht essen.

Dem wirkt das Gentechnik-Gesetz von Frau Künast, das in Kürze in den Bundestag eingebracht werden soll, entgegen. Das Gesetz braucht die Zustimmung der Neoliberalen SPD und des schwarzen Bundesrates.

Die EU-Freisetzungsrichtlinie soll die Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) einschränken und fordert nicht, wie der Herr Minister sagt, zur Freisetzung auf. Oder habe ich den Minister oder die Medien falsch verstanden oder die Medien den Minister oder der Minister die Medien oder sind da unverständliche oder missverstandene Lobbyisten des Ministers, der Konzerne, der Medien oder gar von mir mit im Spiel?

Gentechnik wird leider auch in Europa (Minister R. kennt Spanien nicht!) bereits in großem Stil angebaut. Glücklicherweise ist Europa aber noch nicht so verseucht wie Nordamerika. Dort gibt es kaum noch essbaren Mais und Raps - das wäre eine Marktlücke, Herr Minister!

Gentechnik - sofern sie beherrscht und begrenzt werden kann - bietet durchaus große Vorteile, aber als Freilandprodukt (Grüne Gentechnik) ist sie sehr bedenklich. Mich beschämt geradezu, dass sich ein reiches Land wie unseres als Ver-

suchskaninchen bei Pharmakonzernen anbietet. Wir können dabei nur verlieren. Selbst Afrikanische Länder, in denen gehungert wird, haben die Würde „nein, danke Onkel Sam“ zu sagen, warum wir nicht?

Was tun?

Sich informieren. - Nähere und aktuelle Infos findet man in diversen Medien von Greenpeace, attac, BUND, Bündnis 90/Die Grünen, gen-ethisches Netzwerk usw. Die Postkarten-Kampagne von Bündnis 90/Die Grünen gegen den Anbau genmanipulierter Pflanzen in Sachsen-Anhalt unterstützen. Schreibt an unseren Herrn Ministerpräsidenten. „Es ist unerträglich, wie sich die Landesregierung der Biotechnologie-Branche anbietet und Millionenfördergelder aus einem Sparhaushalt ver-

spricht“, meint ihr Landesvorsitzender, Ralf-Peter Weber. „Statt auf eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu setzen, die für gesunde Lebensmittel sorgt und Arbeitsplätze schafft, betreibt sie den Verkauf des Landes als Versuchslabor, den Verkauf der Menschen als Versuchskaninchen.“

Es ist wichtig, die laufende Gesetzesinitiative von Renate Künast zu unterstützen. Manchmal kann entschlossener Protest doch Entscheidungen beeinflussen. Wir sind es den nach uns kommenden schuldig, dieses Land sauber zu verlassen.

Hasch

Böhmers Adresse: Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Staatskanzlei Sachsen-Anhalt, Domplatz 4, 39104 Magdeburg.

Verlag Graswurzelrevolution

www.graswurzel.net

Helmut Thielen

DIE WÜSTE LEBT

Jenseits von Kapital und Staat

»Thielen kommt zu dem Schluß: Die Marktwirtschaft ist keine Zivilgesellschaft, sie ist Gewalt. Sie ist nicht (mehr) reformierbar. Dieses Buch ist ein flammendes Plädoyer für Gerechtigkeit, gegen Unterdrückung.«

Neues Deutschland

363 Seiten | 20,50 € | ISBN 3-9806353-3-3



graswurzelrevolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

- Widerstand gegen Staat und Krieg
- Befreiung im Alltag
- TheoretikerInnen des Anarchismus und der Gewaltfreiheit
- Concert for Anarchy u.v.m.

Jahresabo (10 Ausgaben) 25 € • Probeabo* (3 Ausgaben) 5 € Vorkasse

* Verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.



GWR-Vertrieb · Birkenhecker Str. 11 · D-53947 Nettersheim

Britney Spears hat geheiratet...

...und wir sind immer bestens informiert.

Obwohl ich fern ab jeder medialen Überfälle lebe: Wir haben keinen Fernseher, hören Radio nur, wenn es sich nicht vermeiden lässt und erhalten Tageszeitungen, wenn es sie umsonst gibt. Es ist also für jede Art der Information ziemlich schwierig, an mich heranzukommen. Britneys Ehe hat es geschafft und ich war sauer: Britneys Hochzeit meißelte mir ein Autoradiomann ins Gehirn, der es noch nicht mal unterlassen konnte, zu erwähnen, sie hätte Jeans und T-Shirt an. Ja, klar, das ist wichtig, das sehe ich ein: wäre Presse dabei, dann wäre sie sicher nackt gewesen. Gut, Britney heiratet ihre Jugendliebe. Sie ist 22, die Jugendliebe auch – und sie lieben sich immer noch. Ich lache und es wird noch besser: Britney hätte unter Ausschluss der Öffentlichkeit geheiratet: Oh ja, das wäre schön und ich hätte es nie erfahren. Der doofe Autoradiomann übrigens auch nicht, aber das hört er nicht. Ich mag es, wenn die Musik so langsam ausklingt, wenn ich die Off-Taste drücke: Good bye, okidoki, Stau-auf-derA2-Tschüs-sikowski-Tschööööö-Radio Saublöder Albernem Weichnieten. Zu Hause gehe ich an meinen Briefkasten, derzeit säuselt uns die Volksstimme ins Haus. Die krieg ich gerade, eine Rechnung nicht. Dafür ruft mich regelmäßig eine Tante an, die feststellt, dass ich schon mehr als 2mal (wenn die wüsste: ich hab auch die ganzen Werbegeschenke behalten.) dieses Probeabo hatte und nun könne sie mir ein "sehr schönes Angebot" machen (Sie

putzen bei mir?): 4 Wochen lesen für 10 Euro. Na klar, so machen wir es.

Ich lese: "Neue CD-ROM – Sachsen-Anhalt wie aus dem Flugzeug erleben" Welch schöne Idee, für all die Daheimgebliebenen Arbeitslosen und Armen – so ganz ohne Flugangst, Magensurren und Absturzgefahr: Sachsen-Anhalt von oben, nicht nur weil es letzter in irgendeiner Statistik ist, nein so richtig: von OBEN! Im Draufblick quasi: Klasse.

Bin ich echt auf der Titelseite? Hm.

Weiter geht's:

"Ab Sommer 1500 Euro Strafe für Schwarzarbeit im Haushalt?" – Ein Meilenstein in der Geschichte der Emanzipation: Endlich denkt man über Hausfrauenlohn nach. Das muss ich lesen. Da steht es schwarz auf weiß: Wer künftig Handwerker oder die Putzfrau im eigenen Heim ohne Rechnung arbeiten lässt, muss mit Strafverfolgung rechnen. Klasse Idee. 1500 Euro werden dann fällig. So lässt sich's leben. Der mürrische Alte kriegt eine Anzeige oder er blecht: Socken waschen? Das macht ´nen Euro pro Paar. – Hemden bügeln? Schaaaahaatz lässt das dein Budget zu? Die Nummer vom Bundesfinanzministerium direkt neben das Telefon gepinnt, das "Gesetz zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit verbundenen Steuerhinterziehung" daneben und schon ist der Familienfrieden wieder hergestellt – oder auch nicht. Gewinnbringend ist es alle mal, man denke an die Einnahmen für Vater Staat oder Mutters Kittel.

Wenn ich ehrlich bin, beschleicht mich das Gefühl, ich hätte da irgendetwas missverstanden: Das passiert mir öfter, wenn ich die Volksdumme lese. An mir liegt das definitiv nicht. Bei anderer Lektüre klappt es ja, mit dem Verständnis. Problematisch ist, dass eben genau jene Volkswumme aber die auflagenstärkste Zeitung in MD ist – auch oft gelesen. Willst du etwas in Magdeburg veröffentlichen, muss es in der Trümperstimme stehen, sonst sieht man alt aus: Dafür muss man den spießigen Zweireiher erstmal von der Lokalseite drängen und das ist nicht einfach. Sich in einem Pulunder mit Knöpfen auf einem Sofa lümmelnd, wird der Lutz interviewt. Eine Fotoserie begleitet seinen kostengünstigen Wunsch, mit Geld – das er freilich im Moment nicht hat – die Kindertagesstätten zu sanieren. (Ja, sind denn da noch Kinder drin?) Sanieren, Bauen,

Investieren ist wohl sein Hobby. Kein Wunder, das hat er gelernt, vom Dezernentensessel aus, im Uniklinikum. Verbindungen hat er allemal, Aufträge auch parat. Wird es brenzlig, so sind es Stadtratsentscheidungen, geht es um Honig, war es sein Verlangen, so erklärt uns das der Lutz.

Es sei jetzt ganz wichtig, dass Magdeburg nicht den Anschluss verliere. (O-Ton vom Doktor Lutz auf einem Bürgerforum) Das meint der Armutsbericht für Sachsen-Anhalt auch, will aber deswegen nicht bauen, sondern den Humankapitalbestand schützen. Das will der Lutz nicht. Die Volkstimme will nur das, was Lutz will, zeigt ein Bild mit Spaten und CD-ROM (Sachsen-Anhalt von unten?) Ich suche nach blumenbestückten Kindern am Bildrand, die müssen ihm doch jetzt irgend was übergeben und er nimmt sie hoch, streichelt ihnen



übers Haar und lächelt salbungsvoll: "Ja, wenn ich Geld hätte, täte ich deinen Kindergarten sanieren." Das Kind antwortet: "Lieber Onkel, ich bin Halbstagskind, meine Mutter allein erziehende Langzeitarbeitslose, wir leben von Stütze und du kannst mir mal an die Pupe schmatzen."

Ich träume, sorry.

Zurück zur Erfolgsstimme. Ich wollte eine Anzeige aufgeben: "Zeugen gesucht! Wer fühlt sich vom Arbeits- oder Sozialamt ungerecht behandelt? Bitte melden unter www.trans-parent.net."

Wie ich das immer mache: ab ins Netz. Volksstimme online, Formular mit Bankeinzug. Anzeige eingetippt, abgeschickt und mich gefreut. Zu früh, wie so oft. Eine Dame rief mich an: "Ihre Anzeige können wir so nicht veröffentlichen. Sie müssen Vorkasse leisten", sagt sie. Ich frage: "Warum?" Ich könne auch auf die Anzeige verzichten, meint sie. Das möchte ich nicht. Nach einigem Hickhack, hab ich dann ordentlich im Service-Center meine Anzeige aufgegeben, bezahlt und mich gefreut. Schon wieder zu früh. Es rief mich wieder jemand an: "Das Geld läge zur Abholung bereit. Man könne die Anzeige nicht veröffentlichen." Ich frage: "Warum?" Die Bearbeiterin beruft sich auf ihre Chefs (warum rufen mich eigentlich immer Leute an, die auf ein Warum? keine richtige Antwort haben?) und meint noch: das wäre ‚so was Politisches‘. Genau so wollte ich das auch verstanden wissen und genau deswegen wollte ich es auch veröffentlichen –und genau darum wird es nicht gedruckt. Ich merke mir: Volksgestammel ist für ‚so was Politisches‘ nicht zuständig. KEIN ABO!

Schnellen Schrittes habe ich beim Amtsgericht Magdeburg über die Anordnung einer einstweiligen Verfügung (Kosten des Verfahrens 22,50 Euro bei einem Streitwert von 300,00 Euro) erreichen wollen, was mir bisher versagt blieb: eine Veröffentlichung meiner Anzeige. Die einstweilige Anordnung war jedoch für die Katz, denn einstweilig anzuordnen, was ich kurzfristig wollte, hätte bedeutet, meine Forderung in der Hauptsache komplett zu erfüllen. Für so etwas ist eine einstweilige Anordnung nicht da: Das hatte ich zuvor nicht bedacht. Trotzdem rief mich kurz darauf wieder eine Mitarbeiterin des Service-Center an und teilte mir mit, dass "das Haupthaus entschieden hat, meine Anzeige zu drucken:" Ich freue mich einfach nur noch über diesen Sinneswandel und warte den nächsten Samstag ab. Die Anzeige ist dann am 10.01.2004 ordnungsgemäß erschienen: Reaktionen gab es vereinzelt.

Meine Anzeige bin ich dann auch noch wo anders losgeworden, im "Magdeburger Sonntag", ohne Spektakel und in Großbuchstaben. Da konnte ich mich dann wieder freuen.

Nicht ganz so unwichtig wie Britneys Scheidungsankündigung, doch weniger populär und noch weniger populistisch ausschlichtbar, nimmt sich der Umstand aus, dass Andreas D. erneut hungert, mittlerweile seit dem 19.01.2004. Eine kurze Unterbrechung samt Ortswechsel lässt uns Zeit gewinnen, schiebt seinen Tod hinaus. Er hat Magenschmerzen und Durchfall. Das mit dem Durchfall hört auf, meint er zynisch. Ich zucke zusammen und bin froh über jeden Tag, an dem ich noch

ein wenig über ihn erfahre, mit und über ihn reden kann: Für mich ist er ein Held. Ein Mahatma zum Anfassen, eine große Seele. Für ihn sei ein Hungerstreik vor allem eine Umkehrung der Machtverhältnisse, sagt er. Kontrolle über seinen Zustand zu haben, der ihm durch Leistungsverweigerung kaputt gemacht werden soll, sich passiv zu wehren, in dem er selbst bestimmt handelt: Aus Hungerfolter macht er einen Hungerstreik; aus Arbeitslosigkeit einen Streik eines Arbeitslosen. Mir fällt ein, was Ulrike Meinhoff mal geschrieben hat: "Es gibt viele Arten, einen Menschen umzubringen. Nur wenige stehen unter Strafe." Armut und Hunger sind Formen, die es zugleich fast unmöglich erscheinen lassen, auf die eigene Position aufmerksam zu machen. Neoliberale Ideologie, Sozialdarwinismus und Ich-wahn stellen sicher, dass im Lohnzentrierten Sozialleistungssystem all jene moralisch enthaupet werden, die aus irgendwelchen Gründen nicht dazu gehören. Soziale Isolation, durch Armut in einem reichen Land begründet, bedeutet vor allem, dass sich selten Mitstreiter finden, deren eigene Situation es Ihnen erlaubt, solidarisch zu sein. Solidarität muss man sich auch leisten können.

Zum 16.02.2004 ist die Hilfe zum Lebensunterhalt für Andreas komplett eingestellt. Zum 01.03.2004 wird kein Mietzuschuss mehr gezahlt. Zur Vermeidung weiterer Schulden habe ich den Mietvertrag kündigen müssen. Leider gibt es im Mietvertrag eine 3-monatige Kündigungsfrist. So etwas kennen nur Vermieter, Sozialämter nicht: da geht das von Heute auf Morgen. Er macht einfach weiter, sagt er.

Ruhig und gelassen, wie immer: Überlebenswillen, der ihn das Leben kosten kann.

Mir hat man die Bevollmächtigung aberkannt, Andreas vertreten zu dürfen und ein Hausverbot für das Sozialamt ausgesprochen: beides war offensichtlich so dringend, dass es sofort geschehen musste. Beides ist so wichtig, weil es unruhig macht: Solidarität mit einem Betroffenen, der schon lange mundtot wäre, hätte er keine Öffentlichkeit und ein Betroffener, der sich in die Amtshandlungen machtvollfügt. Hungern soll er, wenn man ihm die Leistungen kürzt: Bitte, Andreas macht einen Hungerstreik. Obdachlos soll er sein, wenn man die Mietzahlung einstellt: Bitte, die Wohnung ist gekündigt. Den Rechtsweg soll er beschreiten, um sich zu wehren: Bitte, das tun wir doch!

Und wir reden drüber!

Ich habe an den Bundespräsidenten geschrieben, an den Präsidenten des Bundestages, an den Kanzler, an den Petitionsausschuss beim Landtag, beim Bundestag, an das Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung - eigentlich an alle, die etwas bewirken können. Bisher verweist der eine auf den anderen, dieser soll dann ganz sicher und sehr kompetent, helfen können. Zumeist habe ich diesen vorher bereits informiert und er konnte Andreas nicht helfen, darum sind weitere Schritte ja nötig. Stellungnahmen muss es reichlich geben, aber die werden kaum dazu führen, dass ein Amt selbstkritisch die eigenen Entscheidungen beäugt: Bis dahin mache auch ich weiter.

Das Deutschtum in Sachsen-Anhalt

Eine unvollständige Chronik

Wiedermal gab es eine amtliche Entwarnung – im vergangenen Jahr ist die Zahl politischen Straftaten weiter gesunken (Volksstimme 25.2.). Der weit-aus grösste Teil gehe auf das Konto der Rechten, dennoch wurden 26 “fremdenfeindliche Taten von links” (!) festgestellt. Da scheinen unsere Beamten wider erwarten doch ein beträchtliches Maß an Fantasie zu entwickeln, die ihnen bei “normalen” Übergriffen auf “ausländische Mitbürger” meist abgeht. Hier also unsere Zusammenfassung des letzten (verlängerten) Quartals.

In der Nacht vom 17. zum 18.10.03, sollten von genervten Nachbarn gerufene Polizisten die Ruhe in einem Wohnhaus in Halberstadt wiederherstellen. Dabei stellten sie zahlreiche rechtsradikale Bilder und CDs fest. Gegen die zwölf Anwesenden im Alter von 16-21 Jahren wurde Anzeige wegen Ruhestörung und Verwendung von Verwendung Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gestellt. Auch in Schönebeck findet mensch keine Ruhe. Am 24.10. grölten in einer Wohnung in der Leipziger Straße mehrere Besoffene rechtsradikale Parolen. Der am Tatort eingetroffene Polizei widersetzten sich drei der 12 Anwesenden. Diese wurden festgenommen, der Rest erhielt Platzverweis.

Am 02. 11. morgens gegen halb 4 werfen drei unbekannte Personen Bierflaschen auf die Fassade des AJZ in Dessau. Dabei wurde eine Fensterscheibe

zerstört. Die Aktion war offensichtlich geplant und wurde koordiniert durchgeführt, ein Fluchtauto mit Fahrer wartete auf die Täter, nur ca. 50 Meter vom AJZ entfernt. Am 18.12. forderte auf dem Dessauer Hauptbahnhof ein der rechten Szene zuzuordnender Mann einen alternativen Jugendlichen auf, seine Stiefel auszuziehen. Nach dem der Jugendliche dieses Ansinnen zurückgewiesen hatte, streckte der Neonazi die Hand zum “Hitlergruß” aus. Darauf hin stellt der Betroffene bei Beamten des BGS Anzeige.

Ein 35-jähriger Tunesier wurde am 23.11. durch zwei Unbekannte an einer Tankstelle in der Lübecker Straße in Magdeburg mit ausländerfeindlichen Sprüchen beschimpft. Als das Opfer drohte, die Polizei zu verständigen, flüchteten die beiden Unbekannten. In der W.- Raabe- Straße in Magdeburg wurde zudem am 21.12. ein 14-jähriger Anhänger der linken Szene von zwei Glatzen in Bomberjacke beschimpft, geschlagen und mit einem Messer verletzt.

Am 10.1. kommt es am Dessauer Hauptbahnhof zu einer regelrechten Hatz auf einen linken Jugendlichen. Circa 20 Neonazis, die vermutlich von einem Aufmarsch in Berlin zurück kamen, lokalisieren den Betroffenen in der Bahnhofsunterführung und beleidigen ihn mit diversen Sprüchen. Als der Jugendliche flüchten will, verfolgen ihn die Neonazis. Nachdem der Gejagte in einem Gleisbett ins Straucheln gerät, gelingt es ihm schließlich, unter einem

Eisenbahnwaggon abzutauchen. Als die anschliessen informierte Polizei auch nach 15 Minuten nicht eintrifft verlässt das Opfer seinen Unterschlupf, ohne weiter behelligt zu werden. In den Abendstunden des 15.1. wird an gleichem Ort ein Alternativer von mehreren Neonazis zusammengetreten. Die Täter randalieren anschliessend in Dessau-West weiter. Die alarmierte Polizei zeigt aber wenig Interesse, diese zu verfolgen. Eine Woche später, am 23.1., werden im Fußgängertunnel am Hauptbahnhof zwei Jugendliche aus der Skater-Szene von vier Neonazis tödlich angegriffen. Dabei wird eines der Opfer mit seinem eigenen Skateboard geschlagen, das Skateboard anschließend zertreten, der Rucksack des anderen durchsucht und ein T-Shirt geraubt. Beim Weitergehen lassen die Täter zwei Kopien eines Eisernen Kreuzes und eines Hitler-Bildes liegen. Direkt im Anschluss werden von den vier Neonazis fünf jugendliche BMX-Fahrer am Ausgang des Tunnels Richtung Unruhstraße angegriffen. Die Opfer werden geschlagen und beleidigt, was u. a. ein Hämatom am Auge zur Folge hat. Zwei Opfern werden die Stiefel unter Androhung weiterer Gewalt geraubt.

Kurze Zeit später greifen dieselben Neonazis alternative Jugendliche an, die sich aber zunächst in eine Kneipe im UCI-Komplex retten. Die dortige Bedienung will die Opfer sofort wieder hinaus schicken, lässt dann aber wenigstens noch zu, dass zuerst die Polizei informiert wird. Die Kellnerin behauptet dann, die Neonazis wären nicht mehr da, wird aber dabei gesehen, wie sie mit diesen redet. Anschliessend stösst ein Nazi gegenüber

einem Punk Todesdrohungen aus. Auch die Mitarbeiter des UCI sind darauf bedacht, den Konflikt zu verdrängen und schicken Opfer und Täter zu verschiedenen Türen hinaus. Zwischenzeitlich trifft die Polizei ein. Am folgenden Tag beleidigt ein Gast aus Wegeleben auf einem Punk- und Oi-Konzert im beatclub mehrere alternative Besucher der Veranstaltung. Schließlich baut er sich vor den zuständigen Ordnungskräften auf und erklärt, dass er sich als "Nazi-Punk" verstehe. Daraufhin setzen die Veranstalter das Hausrecht durch und verweisen ihn des Saales.

In Magdeburg werden am 25.1. zwei Tatverdächtige festgenommen, die kurz zuvor einen 21-jährigen Mann aus Sierra Leone beschimpften und mit einer Bierflasche am Kopf verletzten. Der Afrikaner befand sich in einer Straßenbahn der Linie 94 als er dort von den 18 und 26 Jahre alten Männern mit ausländerfeindlichen Sprüchen belegt und nach dem Ausstieg mit einer Bierflasche beworfen wurde. Fahndungsmaßnahmen der Polizei führten kurze Zeit später zur Feststellung der beiden bereits polizeibekanntenen Männer an einer Tankstelle in der Lübecker Straße.

Am 26.1. pöbelt am Dessauer "Kaufland"-Supermarkt in der Wolfgangstraße eine Gruppe von alkoholisierten Neonazis, PassantInnen wahllos an. Kurz vor 20 Uhr, befinden sich bereits ca. ein Dutzend Rechtsextremisten am Eingangsbereich des Supermarktes. Aus der Naziansammlung heraus versucht ein Täter, einen zufällig vorbeikommenden Jugendlichen aus der Hip-Hop-Szene ins Gesicht zu schlagen, was aufgrund der fortgeschrittenen Alkoholisierung des Schlägers aber erfolglos

bleibt. Tags darauf wird am Dessauer Rathaus eine 15-Jährige von zwei Nazis bedroht. Ein Taxifahrer interveniert verbal, eine Strafanzeige wird gestellt.

Nach einer antifaschistischen Spontandemonstration am 28.1. aus Anlass der gehäuften Übergriffe versuchten ca. 10 Neonazis mit Knüppeln das Alternative Jugendzentrum anzugreifen. Sie wurden jedoch von Antifaschisten abgefangen und flüchten.

Am 30.1. wird ein 19jähriger alternativer Jugendlicher am und im Bahnhof in Bitterfeld von einem Neonazi zusammengeschlagen. Weitere fünf Nazis, darunter zwei Frauen, stehen daneben. Am folgenden Tag hält in Loburg (Landkreis Anhalt-Zerbst) neben einem 20jährigen Punk ein Auto, aus dem 7 (!) Neonazis steigen. Während des folgenden Angriffes, muss das Opfer seine Hand auf den Bordstein legen, anschließend treten die Täter mehrmals auf das Körperteil. Glücklicherweise wird die Hand nicht gebrochen, das Opfer kann nach Hause flüchten.

Am 1.2. sitzen neun linke Jugendliche aus Gräfenhainichen im Alter von 13 bis 17 Jahren in der Dessauer Bahnhofshalle, als 10 bis 15 vermummte Neonazis mit Springerstiefeln und unter Gebrüll in die Halle stürmen. Sie besprühen die Opfer mit Reizgas und schlagen mit Baseballschlägern und Eisenstangen brutal auf die Opfer ein. Drei Geschädigte werden ambulant versorgt, zwei weitere müssen mehrere Tage stationär behandelt werden.

Am Nachmittag des 27.02. stach ein 16-jähriger Rechtsradikaler in Quedlinburg einem 17-jährigem ein Messer in die Brust. Das Opfer wurde daraufhin im Quedlinburger Klinikum eingelie-

fert und dort operiert. In der folgenden Nacht begab sich der Täter mit einer zweiten Person in das Klinikum und versuchten zu dem Opfer zu gelangen. Sie wurden aber von dem Klinikpersonal verscheucht, welches sie zuvor bedroht hatten. Sie wurden von der herbeigerufenen Polizei gestellt und u.a. ein Messer beschlagnahmt. Am Nachmittag des 29.02. versuchten die gleichen beiden Personen gewaltsam in ein Haus in der dortigen Birkenstraße einzudringen. Dabei schlugen sie mit Baseballschlägern die Haustür ein. Ein 17-jähriger Hausbewohner, zu dem die Täter vermutlich vordringen wollten, konnte die Polizei verständigen. Die beiden Täter, die um sich schlugen, die Polizisten anspuckten und beleidigten, konnten durch Einsatz von Pfefferspray überwältigt und vorläufig festgenommen werden.

Am 28.01. befanden sich in Lindhorst (bei Wolmirstedt) mehrere rechte Jugendliche auf einem Soli-Konzi für ein neues

alternatives Hausprojekt in Magdeburg. Als die Band ("Kafkas") fragte, ob sich denn unter den Anwesenden BesucherInnen auch Nazis befinden würden, outete sich einer von ihnen. Er wurde von "Kafkas" auf die Bühne gebeten und feierte sich selbst unter dem Gelächter der anwesenden Antifas. Erst einige Zeit später - nachdem er den Arm zum Hitlergruß gehoben und ein im linken Arm eintätowiertes Hakenkreuz präsentierte hatte - wiesen einige junge Antifaschisten ihm den Weg nach draußen, während die Mehrzahl der älteren BesucherInnen von diesem Vorfall erst gar keine Notiz nahm. Draußen kam es zu handgreiflichen Ausein-

andersetzung zwischen dem Nazi zu Hilfe eilenden Faschisten und jungen Antifas, wobei 2 der Antifas leicht verletzt wurden. Die eintreffende Polizei weigerte

sich zunächst deren Personalien auf- bzw. Anzeigen entgegenzunehmen. Im Gegenteil: Die VeranstalterInnen wurden von Beamten schikaniert.

Als die Veranstaltung schließlich gegen 2 Uhr beendet wurde und die den Ort verlassen hatten, sahen sich die 6 VeranstalterInnen den ca. 15 Neonazis allein gegenüber. Die zu Hilfe gerufene Polizei weigerte sich zunächst, noch einmal anzurücken und dif-

famierte die VeranstalterInnen. 20 Minuten später fuhren schließlich

doch die gleichen Beamten noch einmal vor. Wie schon zuvor führten die Bullen angeregte und nette persönliche Gespräche mit den Nazis während sie sie freundlich nach draußen begleiteten. Beim Verlassen des Veranstaltungsortes wurden die Antifas noch mittels einer Verkehrskontrolle, die mit einer Ordnungsstrafe von 10 Euro wegen einer fehlenden Kennzeichenbeleuchtung endete, nochmals schikaniert.



A m

3.3. wurde gegen 21.45 Uhr in der Johannes-Göderitz-Straße in Magdeburg-Olvenstedt zwei Personen im Alter von 18 und 20 Jahren durch die Polizei kontrolliert. Einer der beiden Männer führte unter seiner Bekleidung die Gedenktafel für den Punker Frank Böttcher bei sich. Diese wurde durch die beiden Beschuldigten von dem Gedenkstein an der Straßenbahnendstelle im Bruno-Taut-Ring entwendet.

Von städtischen und völkischen Traditionen

Der Volkstrauertag in Halle

Am 16.11.03 wurde auch in Halle wieder der „Volkstrauertag“ begangen, der bereits eine unrühmliche Geschichte fünfjähriger Duldung von Nazis aufweist. Als Reaktion wurde daher eine Demo mit dem Motto „Volkstrauertag abschaffen“ angemeldet.

Bereits im Vorfeld verdichteten sich Hinweise, dass diesmal die Nazis eine eigene Kundgebung am Gertraudenfriedhof angemeldet hätten. Weder Stadt noch Ordnungsamt waren jedoch zu einer Stellungnahme bereit. Erst am 10.11.03 wurde eingeräumt, dass es eine Anmeldung von einer (Nazi-)Initiative gebe.

Die linke Demo hingegen wurde unter Verweis auf das Feiertagsgesetz mit unerträglichen Auflagen versehen. Die offizielle Feier der Stadt Halle fand in der „großen Feierhalle“ auf dem Gertraudenfriedhof als geschlossene Veranstaltung statt. Der Veranstalter war jedoch nicht die Stadt, sondern der „Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge“. Es wurde ein „Volkstrauertagssubunternehmen“ gegründet, damit die Stadt nicht verantwortlich ist. Einladende im Namen des Volksbundes waren OB Häußler und CDU-Stadtrat Bönisch - jedoch nur in seiner Funktion als Kreisverbandschef des Volksbundes. Am Sonntag war ein Großaufgebot Polizei und BGS in der Stadt, auf dem Friedhof war das Ordnungsamt stark vertreten.

Die Nazis wurden wie im letzten Jahr von der Polizei vom Bahnhof zum Gertraudenfriedhof geleitet. Sie begannen ihre Kundgebung von Polizei geschützt um 10 Uhr direkt am Haupteingang

des Friedhofs. Eine kleine Gruppe Nazis wurde unter Polizeischutz mit ihrem Kranz vor Beginn der offiziellen Veranstaltung über den Friedhof geleitet und anschließend dann die Kundgebungsteilnehmer zum Bahnhof gebracht.

Die linke Demo mit knapp 250 TeilnehmerInnen forderte auf dem Weg lautstark das Ende des deutschen Opferkultes, dass Täter zu Opfern und Opfer des Nationalsozialismus zu Opfern unter vielen macht.

Die Veranstaltung des Volksbundes fand unter dem Motto „Gedenken an die Toten, insbesondere an die Opfer der Weltkriege, des Nationalsozialismus, des Stalinismus und jedweder Unterdrückung der Menschenrechte“ statt. Die Feierhalle war voll. Anwesend waren Stadträte aller Fraktionen, Angehörige der Bundeswehr, des Bundes der stalinistisch Verfolgten u.a. Die Veranstaltung wurde massiv gesichert. Als die Teilnehmer der offiziellen Trauerveranstaltung den Friedhof verließen, wurde ein Transparent „Wir trauern um die Opfer des Faschismus“ von AntifaschistInnen entrollt. Das sofort zahlreich herbeigeeilte Ordnungsamt entriss ihnen das Transparent.

Durch die geschlossene Veranstaltung wurde die Teilnahme von Nazis unterbunden. Hingegen zu verhindern, dass Nazis den Volkstrauertag in Halle für nationalsozialistisches Gedenken nutzen, kam den Stadtoberen wieder nicht in den Sinn. Lediglich der ordnungspolitisch reibungslose Ablauf des Volkstrauertags wurde gesichert. Das naziduldende Verhalten der Stadt Halle geht also weiter.

Ungeahndeter Ahnenkult

Der Naziaufmarsch am 29. November in Halle.

Am 29. 11. 2003 demonstrierten in Halle etwa 600 - 700 Neonazis gegen die Wehrmachtsausstellung. Die Teilnehmer, die fast ausschließlich dem Spektrum der „Freien Kameradschaften“ zuzuordnen waren, kamen v.a. aus den angrenzenden Bundesländern. Axel Reiz, Christian Worch und Gerd Ittner traten als Redner auf.



Die Demonstrationsroute, die außerhalb des belebten Innenstadtbereiches lag, wurde erst am Morgen des 29. November offiziell bekannt gegeben. Ordnungsamt, Polizei und Neonazis hatten wahrscheinlich aus Angst vor Blockaden auf eine vorherige Veröffentlichung verzichtet.

Die Polizei sperrte die Demonstrationsroute mit zahlreichen Einsatzkräften weiträumig ab, erteilte dabei dutzende Platzverweise und nahm einige Gegendemonstranten fest. Da es trotzdem Gegen-

demonstranten gelang, die Absperrungen zu umgehen, leitete die Polizei die Neonazis um. Gleichzeitig wurden Gegendemonstranten in Gruppen von 30-150 Personen eingekesselt und in Richtung Innenstadt abgedrängt. In verschiedenen Teilen der Stadt kam es zu kleineren Auseinandersetzungen mit der Polizei (Flaschenwürfe, Rängeleien usw.), die Feuerwehr musste mehrfach ausrücken.

Neben den dezentralen Aktionen gab es noch verschiedene Demonstrationen gegen den Neonaziaufmarsch. Am Vormittag fand eine Demonstration statt, die von einer „Antifaschistischen Initiative“ (attac, DKP usw.) organisiert wurde. An dieser Demonstration nahmen ca. 250 Personen teil. 14 Uhr begann eine Demonstration des DGB, an der sich ca. 350 Personen beteiligten. Oberbürgermeisterin Häußler, die noch im letzten Jahr am Volkstrauertag zusammen mit Neonazis Kränze niedergelegt hatte, hielt eine Rede.

Als Reaktion auf die massiven Behinderungen durch die Polizei fand am Nachmittag schließlich noch eine Spontandemonstration unter dem Motto „Deutsche Täter sind keine Opfer“ statt. Knapp über 200 Personen aus dem linksradikalen Spektrum zogen lautstark durch die Innenstadt.

Resümee: Eine wirksame Behinderung der Neonazidemonstration gelang aufgrund der Nicht-Veröffentlichung der Demoroute im Vorfeld, der massiven Polizeipräsenz, der weiträumigen Absperrung der Route und der kurzfristigen Umleitung der Neonazis nicht. Mit der Teilnehmerzahl der Neonazidemonstration konnte der Abwärtstrend bei Aufmärschen gegen die Wehrmachtsausstellung nicht aufgehalten werden.

Antifaschistische Gruppen

Ästhetischer Sprengstoff

Schwarzbrauner Musicmix in der Tanzbar Palette

Am 25. Dezember 2003 fand in der hallischen Diskothek »Tanzbar Palette« ein Konzert mit den Bands Fire & Ice, Sonne Hagal und Sonnentau statt. Als Veranstalter dieses Konzertes traten Uwe Nolte (NOLTE_x) und das Label Eis & Licht um den Dresdner Stephan Pockrandt auf. Sowohl die Bands als auch die Organisatoren gehören dem rechten Rand der Gothic- bzw. Gruf-tiszene an. Die Betreiber der »Palette« wurden im Vorfeld mehrfach auf den Charakter des Konzertes und den politischen Background der Veranstalter aufmerksam gemacht, sie weigerten sich jedoch, die Veranstaltung abzusagen. Der folgende Text wurde im Vorfeld des Konzertes als Hintergrundinformation an verschiedene Initiativen und Institutionen verschickt.

Zu Weihnachten 2003 hat sich Uwe Nolte (NOLTE_x) etwas besonderes ausgedacht. Gemeinsam mit Stephan Pockrandt will er in der bekannten Hallenser Disko »Palette« ein ganz besonderes Konzert veranstalten. Pockrandt zeichnete als Chefredakteur für das Magazin Sigill und die ersten Ausgaben des Nachfolgeprojektes Zinnober verantwortlich und betreibt das Musiklabel Eis & Licht. Das Label veröffentlicht vor allem Neofolk-Bands, »deren Musik in unterschiedlicher Gewichtung Romantik, Militarismus, nordische Götterwelt und elitäres Gedankengut beinhaltet«.

Am 25. Dezember sollen die Bands Fire & Ice, Sonne Hagal und Sonnen-

tau – ein Seitenprojekt von Uwe Nolte – auftreten. Uwe Nolte ist mit der Band Orplid ebenso wie Sonne Hagal mit einigen Veröffentlichungen beim Label Pockrandts unter Vertrag.

Musikalisch bewegen sich die Künstler im so genannten Neofolk, einer Richtung des Dark Wave, düsterer, melancholischer Musik unterschiedlicher Ausprägung, die üblicherweise mit den Grufties bzw. Gothics verbunden wird. Thematisch verarbeiten die Musiker im Neofolk heidnische und spirituelle Bezüge, die in einer neuen Form von Folk, also Volksmusik an die Wurzel des eigenen Daseins erinnern sollen. Wo man diese Wurzeln verortet, wird bei einem näheren Blick klar. Die Weitergabe »Runischen Wissens« durch die Band Sonne Hagal im Magazin Zinnober lobt die rechtsextreme Junge Freiheit als Annäherung an germanische Mystik. Sowohl Ian Read von Fire & Ice als auch Sonne Hagal gestalten ihr Artwork mit Verweis auf die »nordische Kultur« mit Runen, Read hat auf einer Veranstaltung beim Dark-Wave-Festival in Leipzig 2003 eine einschlägige Lesung gehalten.

Ian Read gehört mit der aus dem Split von Death in June hervorgegangenen Band Sol Invictus zu den Gründungsfiguren des Neofolk. Sein Interesse für Odinismus, Heidentum und Magie führte u.a. zu seiner Mitgliedschaft bei der heidnischen Gruppe Illuminates of Thanateros (IOT). Nach seiner Trennung von Sol Invictus gründete er die Band Fire & Ice und sein eige-

nes kleines Label Fremdheit. In einer der ersten Veröffentlichungen im Jahr 2000 kommt u. a. der amerikanische Neonazi Eric Owens zu einem musikalischen Auftritt.

Uwe Nolte (Sonnentau, gemeinsam mit Frank Machau Orplid) hat die pathetische, deutschtümelnde musikalische Arbeit Beifall von extrem rechts verschafft. So schreibt das Organ der NPD Deutsche Stimme zu einer 1999 erschienenen Maxi CD: »Wem Frank Rennicke und Jörg Hähnel nicht ausreichen, der kommt an dieser Scheibe nicht vorbei.« Das selbe Blatt analysiert 2003: »Eine Gruppe, die Musik wie Orplid macht, kann wohl nur aus Sachsen-Anhalt kommen, dem vielleicht mythengesättigsten deutschen Gau...« Dass es sich dabei nicht um Missverständnisse handelt, beweisen die musikalischen Beiträge auf zwei Samplern. Mit seiner früheren Band Rückgrat beteiligte sich Nolte 1996 am Sampler für Leni Riefenstahl, der vom extrem rechten Verlag und Agentur Werner Symonek (VAWS) veröffentlicht wurde. Mit einschlägig bekannten Bands des rechten Dark Wave folgte 1998 ein Beitrag Orplids am Sampler zu Ehren des hundertsten Geburtstages des italienischen Faschisten Julius Evola, produziert von Eis & Licht. Die Debüt-Veröffentlichung von Orplid wurde neben Eis & Licht auch vom Ultima Tonträger Versand beworben. Inhaber war der halbesche neonazistische Führungskader Sven Liebich.

Auch ein aktueller Blick bestätigt die ideologische Nähe. Nolte versteht sich nicht nur als Musiker, sondern auch als Fotograf und Dichter. Auf der offiziellen Website seiner Band Orplid findet

man den Link zu www.godenholm.de. Die Seite widmet sich dem nationalrevolutionären Kreis um Ernst Niekisch und seiner in den zwanziger und dreißiger Jahren erschienen Zeitschrift Widerstand. Niekisch begann seinen politischen Weg in der Münchner Räterepublik mit einem antiegalitären, nationalistischen Sozialpatriotismus, der sich später zu einem faschistischen Entwurf von Staat und Gesellschaft verdichtete. Unter Wahrung der ökonomischen Struktur des Kapitalismus ging es ihm um die Errichtung eines Staates, in dem Kapitalinteresse und die sozialen Existenzbedingungen der Lohnabhängigen völlig dem Primat der Nation untergeordnet sind. Seine Kritik an der aufstrebenden NSDAP, heute oft als antifaschistische Kritik verklärt, führte zu seiner Inhaftierung ab 1935. Dabei galt sein Angriff einer in seinen Augen »legalistischen« Bewegung, motiviert in einem Konkurrenzkampf innerhalb des starken rechten, antidemokratischen Lagers der Weimarer Republik.

Uwe Noltés Dichtungen finden sich auf www.godenholm.de in einer Reihe mit Texten der so genannten Nationalrevolutionäre Ernst Niekisch, der Ikone nationalkonservativen Denkens, Ernst Jünger, und Ernst von Salomon, der 1922 am Mord an dem jüdischen Außenminister der Weimarer Republik, Walther Rathenau, beteiligt war. [8] Mit seinen Gedichten ist Nolte weiterhin im Arnshaugk Verlag vertreten, der auf www.godenholm.de ebenso verlinkt ist wie das nationalistische Querfrontblatt *Wir selbst* und die »neurechte« Zeitschrift *Criticon*.

Anmelder der Webpräsenz von Orplid und www.godenholm.de ist Thomas Michael aus Halle. Mit dessen Unternehmungen schließt sich der Kreis wiederum zu Stephan Pockrandt. Unterstützt wird der fragwürdige kulturpolitische Hintergrund seines Labels durch das Zeitungsprojekt Sigill bzw. durch das Nachfolgeprojekt Zinnober. Das Blatt ist als Kultur- und Musikmagazin besonders durch seine affirmativen Darstellung nationalkonservativer Autoren »der extremen Rechten zuzuordnen«. Nachdem Pockrandt offiziell als Chefredakteur des Hochglanzmagazins zurückgetreten ist, haben Dominik Tischleder und Thomas Michael (Layout) die Redaktion übernommen. Die Zeitung, die ebenso wie das Label Eis & Licht begeisterte Rezensionen in rechtsextremen Publikationen findet, ist nicht das einzige politische Projekt, das Michael mit vorantreibt. Neben seinen theoretischen Reflexionen zu Ernst Jünger auf www.godenholm.de arbeitet er ebenfalls für das rechtsintellektuelle Institut für Staatspolitik (IfS) im Rittergut Schnellroda. Für das Zentrum um den in der Grauzone zwischen nationalkonservativ und rechtsextrem altgedienten Karl Heinz Weißmann gestaltet er deren Zeitschrift Sezession und entwickelte die Website des IfS.

Die Aktivitäten auf den unterschiedlichen Ebenen von Musik, Zeitschriften, Verlagen bis zu rechten Denkfabriken decken sich in ihrem Bemühen rechte Ideologie hoffähig zu machen. Mit Jünger, Niekisch, Evola werden seit Jahrzehnten Modethemen der neuen Rechten bedient. Die Rezeption der rechten Protagonisten der Weimarer Republik

und des Vordenkers des italienischen Faschismus soll nationales, antidemokratisches und elitäres Denken in einer von nationalsozialistischen Verbrechen freien Form präsentieren. Dies soll das Anknüpfen für die Rechte heute ebenso erleichtern wie ein bestimmter sprachlicher Gestus. So reiht man sich zum einen mit Eindeutschungen für gebräuchliche Anglizismen in die Praxis der rechtsextremen (Jugend)Szene ein, so wird das Internet zum Weltnetz, Links werden Verweise, CDs zu Lichtscheiben... Andererseits wird der politische Gehalt der kulturpolitischen Aktivitäten vehement abgestritten, nationalsozialistische Bezüge gern ausgeklammert, elitäre und antidemokratische Einstellungen als »nonkonform« und »anarchisch« etikettiert.

Das Konzert am 25. Dezember werden nicht wenige Fans besuchen, die sich dieser ideologischen Bezüge bewusst sind. Bei vergleichbaren Anlässen kamen Darkwaver in schwarzen oder Tarn-Uniformen, bündischen Kniebundhosen, komplettiert mit SS-Symbolik wie Sigrunen oder Schwarzer Sonne zusammen. So findet sich die Aufforderung durch Uwe Nolte und Stephan Pockrandt in ihrer Veranstaltungsankündigung: »Anschließend möchten wir sie bitten, anlässlich der für uns alle festlichen Zeit in welcher das Konzert stattfindet, auf ein stilistisch sicheres und ordentliches äußeres Erscheinungsbild zu achten.« Dass damit weder Weihnachtsmannkostüm noch Smoking gemeint sind, ist bei dieser Veranstaltung offensichtlich.

Moore eine Nation zwischen
Waffenwahn und Paranoia, ein Volk
mit dem Colt im Anschlag für die
permanente Selbstverteidigung.
Filmclub im Archiv.

Fr., 26.03., 20.00 Uhr

MD, Blaue Welt Archiv, Thiemstr.13

Gegen Sozialabbau!

Infoaktionstag des Magdeburger
Sozialforums

Sa., 27.03., 11-14.00 Uhr, MD Zentraler
Platz

Vorbereitung Tschernobyl-Tag

Planung und Organisation von
Aktivitäten zum diesjährigen
„Tschernobyl-Tag“.

So., 28.03., 11.00 Uhr, MD, Greenkids-
Büro, Karl-Schmidt-Str. 4

Der singende Tresen, Frische Mische,
Jesus Weed and the Seed of Hate

Fr., 02.04., 21.00 Uhr

Halberstadt, Zora

Gegen Sozialkahlschlag

Europäischer Aktionstag gegen
Sozialabbau – wir fahren nach Berlin.
Beginn am 3.4.

Aus Magdeburg werden Busse nach
Berlin organisiert, bei Interesse:

Telefon: 0391/62503-17

e-mail: anja.gronke@dgb.de

Sa., 03.04.

[www.alle-gemeinsam-gegen-
sozialkahlschlag.de](http://www.alle-gemeinsam-gegen-sozialkahlschlag.de)

Friedensnacht

Film & Tanz

Studentische Antikriegsgruppe und ai

Fr., 9.4., Projekt 7

April

Liedermacherabend

mit Strom & Wasser, Elis, Wello Rausch,

Bratpack-Tour

Boing, Fifty 50 & Born Cool

Sa., 10.04., 21.00 Uhr

Halberstadt, Zora

TERMINE

selbstorganisiert
kämpferisch
solidarisch

[eine andere gewerkschaft ist möglich]

FAU★IAA
Freie ArbeiterInnen Union

Postfach 2763 | 48014 Münster | geko@fau.org | www.fau.org

Schickt eure Artikel & Termine für's nächste Quartal an: blaue-welt-archiv@web.de * BWA Thiemstr. 13 39104 MD



Frieden braucht unseren Mut!

Ostermarsch für eine zivile
Gesellschaft.

129. Friedensweg der OFFENen HEIDe.
So., 11.4., 12.00 Uhr Colbitz bzw. für
RadlerInnen 9.00 Uhr MD Domplatz
Infos: 0162/8608949

Tage der Begegnung

Treffen mit Überlebenden des KZ's
Langenstein Zwieberge
ab Fr., 16.04.
Langenstein-Zwieberge bei Halberstadt

Antifa-Benefiz

mit Kafkas u.a.
Fr., 16.04., Ludwigstrasse, Halle
www.ludwigstrasse37.de

Tag gegen Genfood

jedes Jahr: internationaler Tag gegen
Genfood
Sa., 17.04., Bundesweit
www.projektwerkstatt.de

Filmabend - „Brüder“

Hamburg 1896: ausgebeutete
Hafenarbeiter streiken
Stummfilm (D; 1929), ca.60 min +
Doku zum Streik ca. 30 min
Fr., 23.04., 20.00 Uhr
MD, Blaue Welt Archiv, Thiemstr.13

Tschernobyl-Tag

ein größerer Stand soll es dieses
Jahr geben mit Infopavillon, Spielen,
Materialien
Mo., 26.04., 15.00 Uhr
MD, Innenstadt

Harvest & Localsupport

Fr., 30.04., 21.00 Uhr
Halberstadt, Zora

Mai

ArbeiterInnenkampftag

Bratwurstessen beim DGB, autonomes
Dampfablassen bzw. Protest gegen
Naziaufmärsche oder...
Sa., 1.5., bundesweit
www.fau.org

Naziaufmärsche

Wieder gibt es mehrerer Anmeldungen
für Naziaufmärsche - mehr über
Gegenaktionen z.B. unter www.left-action.de

Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben

Eine Ausstellung zu den Jugend-
Konzentrationslagern Moringen und
Uckermark 1940 – 1945
Ausstellung hat bis zum 28.05.
geöffnet – Öffnungszeiten siehe www.zora.de
Mo., 03.05., 15.00 Uhr
Halberstadt, Zora
www.zora.de

Anti-Atom - Zukunftswerkstatt

Welche Anti-Atom-Themen wollen
wir demnächst angehen? Wie
können wir uns besser organisieren?
Um diese Fragen geht es bei der
Zukunftswerkstatt des (nicht mehr
existenten) AntiCastorNetz Magdeburg.
08.- 09.05., 10.00 Uhr, MD
www.antiatom.de/magdeburg/

John Heartfield

Sein Leben und seine Kunst gegen
Reaktion und Kapital - Filmclub im
Archiv.

Fr., 14.05., 20.00 Uhr

MD, Blaue Welt Archiv, Thiemstr.13

Bundesweite Demonstration

Leipzig fatal error - the game is over

Sa., 15.05., Leipzig

www.nein-zu-olympia.de/

Suffarage & Local Support

Hardcore-Konzert

Sa., 15.05., 21.00 Uhr

Halberstadt, Zora

Bundeskoordination

Internationalismus (BUKO)

27. Jahreskongress

20.-23.05., Kassel

Ökonux-Konferenz

Hier geht es um Freie Software,
Alternativen zur Markt-Logik, Copyleft
etc.

20. - 24.05., Wien

www.oekonux-konferenz.de/

Juni

Welt-Umwelt-Tag

05.06., Bundesweit

Friedensweg

So., 06.06., 13.00 Uhr

Colbitz

That Spring Festival

mit Zadera, Wide Dreams, Eve of
Destiny, Fight the Cause u.a.

11. - 13.06.

Magdeburg, Biker Inn

www.thatspring.de

Mobil Ohne Auto

Aktionssonntag. Die MoA-Aktionstage
gehen frisch und munter ins 24. Jahr.

Mo., 20.06., Magdeburg, bundesweit

www.greenkids.de

TERMINNE



VINYL CD VIDEO SHIRTS **FIRST & SECOND HAND**
MD HEIDESTRASSE 36 MO-FR 11-19.00 DO - 20.00 SA 10-14.00 UHR

März

Tondar

Widerstand in der Türkei,
Buchvorstellung
Do., 11.3., 19.00Uhr, BUND, MD,
Olvenstedter Str.10

Geschichten, Gedichte und Gedanken

Leseabend mit dem Magdeburger Autor
Adalbert Schwarz
Do, 11.03., 19.00 Uhr, Umsonstladen,
Brandenburger Str.9/Innenhof

Tag des politischen Gefangenen

Infoveranstaltung mit Libertad
Frankfurt/Main, Vokü, Konzert
Do., 18.3., 18.00 Mikrokosmos MD,
Großen Diesdorfer Str. 249

Aktion Steinreich

Record Release Party
Fr., 19. März, Mikrokosmos, Großen
Diesdorfer Str. 249

Morsleben-Stillegungs-Verfahren

Das Atommüllager Morsleben soll nun
endgültig stillgelegt werden. Es stellt
sich jetzt die Frage, was mit dem
Müll darin passieren soll. Früher war
Forderung der Anti-Atom-Bewegung, er
müsse wieder raus. Ist das heute noch
aktuell? Welche Möglichkeiten gibt es
zur Intervention?

Bei diesem Seminar soll es um
diese Fragestellungen und weitere
Aktivitäten gehen.

20.-21.03., 10.00 Uhr
MD, ÖZIM, Harsdorfer Str. 49

Werkeltage im Büro

Wieder einmal wird zu den
„Werkeltagen“ im Offenen Büro
eingeladen. In dieser Woche werden
immer Leute im Büro sein, die
Projekte, Aktionen, Veranstaltungen
vorbereiten. Man kann sich aber auch
nur unterhalten oder in Büchern
stöbern.

Mo., 22.03., 10.00 Uhr
MD, Karl-Schmidt-Str. 4

Flotter Osten

Werbefilme der DDR aus den 60er
Jahren. Filmclub im Archiv
Mi., 24.03., 20.00 Uhr
MD, Thiembuktu, Thiemstr.13

Afrikanische Nacht

Afrikanische Trommelrhythmen,
Feuershow, leckere Speisen und
als Special: Luis mit improvisierter
Trompete
Do, 25.03., 20.00 Uhr, Umsonstladen
Brandenburger Str.9/Innenhof

Was geschah mit Iraks Kulturschätzen?

Zu den Zerstörungen und
Plünderungen von Museen und
Bibliotheken und die Bemühungen in-
und außerhalb Iraks um die Rückkehr
des Kulturerbes

Referentin: Dr. sc phil Karin Rührdanz
Moderation: Dr. H.-G. Richter, Köthen
Do., 25. 03., 18.00 Uhr
Dessau, Schlossstrasse, Galerie-Café
www.bildungsverein-elbe-saale.de

Bowling for Columbine

Mit lakonischen Zynismus und
beißendem Witz präsentiert Michael

Zitate des Quartals

So liebevoll, wie in Deutschland die KZs gepflegt werden, muss man davon ausgehen, dass die nochmal gebraucht werden.

Das Magdeburger Kabarett "Die Kugelblitze" in ihrem aktuellen Programm.

Mein Hauptvorwurf an die PDS ist ihre blinde Vasallentreue gegenüber der SPD, ihr eigener Sozialdemokratismus, der dem Neoliberalismus nicht mehr sehr fern ist, und ihre durch und durch staatstragende Rolle, mit der sie ihren Anspruch, eine sozialistische Kraft zu sein, vollends verwirkt hat.

Peter Grottian, Polit-Prof. an der FU Berlin, in jW vom 15.1.04

So schnell konnte das World Trade Center gar nicht einstürzen, wie der ganz alltägliche Kapitalismus seine Opfer begräbt.

Martin Krämer in Fantomas 4/2003

Es gibt inzwischen keinen Zweifel mehr: Der allgegenwärtige, unvorhergesehene, plötzliche ‚Wilde Streik‘ ist zurück.

(...) Etwas, das seit geraumer Zeit unvermeidlich geschehen musste. Die Flexibilisierung der Arbeit kehrt sich um in die Flexibilisierung der Kämpfe.

Die italienische Tageszeitung "Il Manifesto" zur dortigen aktuellen Streikwelle (zitiert nach Wildcat #68)

Revolutionäre Arbeit soll nicht auf der Idiotenwiese stattfinden. Die Idiotenwiese ist der Freiraum, den das herrschende System für politische Tätigkeit nach Feierabend zur Verfügung stellt: Parteiversammlungen, Wahlzirkus

und notfalls auch mal die Straße für Demonstrationen. Revolutionäre Arbeit soll vielmehr gerade in dem Bereich stattfinden, der für die freie politische Betätigung tabu ist: am Arbeitsplatz, im Betrieb.

Berni Kelb (1971) in der "Betriebsfibel"

Wieviel Unabhängigkeit ist erreicht, wenn die Masse der arbeitenden Frauen und Mädchen die Borniertheit und den Mangel an Freiheit zuhause eintauscht gegen die Borniertheit und den Mangel an Freiheit in der Fabrik, den Ausbeutungsbetrieben, im Kaufhaus oder Büro?

Die amerik. Anarchistin Emma Goldman in ihrem Buch "Frauen in der Revolution" (1924 - gefunden auf www.zmag.de)

Wir kommen zum Gipfel, grüßen uns, halten einige Reden, unterschreiben eine Erklärung, machen den Fototermin mit, lächeln und reisen ab.

Der venezolanische Präsident Hugo Chávez zum Prozedere auf "ausserordentlichen Gipfeln" (jW 15.1.04)

Politikverdrossenheit muß man fördern und fordern, nicht beargwöhnen und beklagen. (...) Wir sind Vertreter einer offensiven Entpolitisierung, für eine, die nicht ins Unpolitische führt, sondern Antipolitik als ihr Ziel begreift.

Franz Schandl in jW vom 8.1.04

Halte Kurs und Hacken zusammen, dann kannst du was in der Partei werden. Wer nicht auf Linie ist, wird abgestraft.

K.-H. Reck, SPD-Landtagsabgeordneter, über das Demokratieverständnis in seiner Partei (Volksstimme vom 6.2.04)

Aus den Augen - aus dem Sinn

Morsleben: Was kommt nach der Stilllegung?

Bisher von den meisten Menschen unbeachtet stehen zum ehemaligen DDR-Atommüllendlager Morsleben, das auch von der BRD-Regierung bis Ende der 90er noch genutzt wurde, wichtige Entscheidungen an. In dem nahe Helmstedt liegenden Schacht Bartensleben eines alten Salzbergwerks wurden Zehntausende Kubikmeter radioaktiven Materials eingelagert. Anfang der 90er entstand eine Protestbewegung gegen die Atomüllkippe, die in vielerlei Hinsicht Ähnlichkeiten mit dem niedersächsischen Gorleben aufweist. Dieser Protest bewirkt nach vielen Klagen, Aktionen und viel Öffentlichkeitsarbeit die endgültige Beendigung der Einlagerung von Atommüll in Morsleben. Das Verfahren zur Stilllegung läuft nun seit Jahren - in der nächsten Zeit ist mit dem Beginn des öffentlichen „Beteiligungs“verfahrens zu rechnen.

Viele der Befürchtungen von AtomkraftgegnerInnen haben sich real erwiesen: es gibt unzählige Tropfstellen, große Deckenteile stürzten bereits ein, bis heute weiß niemand genau, wieviele Hohlräume der Salzstock eigentlich hat (was eine Gefahreinschätzung schwer macht), etc. Die dadurch bedingte Unsicherheit des Atommüllagers war auch der Grund für die Bereitschaft des Bundesamts für Strahlenschutz als Betreiberin endgültig auf weitere Einlagerungen zu verzichten. Nun soll das Endlager verschlossen werden; im nicht für radioaktive Abfälle genutzten Zentralteil laufen bereits erste Verfüllungen zur „Gefahrenabwehr“, da mit weiteren Einstürzen zu rechnen ist. Die wichtigste Frage - was wird aus dem Atommüll in dem nun auch betreiberseitig als unsi-

cher angesehenen Salzstock - scheint aber niemand ernsthaft zu stellen.

Neben dem sofortigen Einlagerungsstopp hatte die Anti-Atom-Bewegung gefordert, den Müll wieder herauszuholen, weil er unkontrolliert Kontakt mit der Umwelt erhalten könnte. Die Grundidee der Endlagerung in Salzstöcken ist es, dass das Salz mit der Zeit den Atommüll komplett umschließt und damit von der Außenwelt abtrennt. Die Gefahr, dass das Material in Kontakt mit grundwasserführenden Schichten kommt, ist trotzdem vorhanden. Durch die nicht-rückholbare Form der Endlagerung ist aber auch eine Überwachung des Mülls kaum noch möglich, so dass im Fall der Fälle eine Reaktion auf solche Geschehnisse sehr spät erst machbar wäre.

Es stellt sich also - unabhängig davon, dass es für radioaktives Material keine wirklich sichere Endlagerungslösung geben kann, weswegen die diesen Müll produzierende Atomenergienutzung sofort beendet werden müsste - die Frage danach, ob es besser ist, den Müll unkontrolliert, aber erstmal abgeschlossen in Morsleben zu lassen, oder kontrolliert, aber ebenso ohne Entsorgungslösung oberirdisch zu lagern. Ersteres ist ein gefährliches Erbe für spätere Generationen (oder schon uns - je nachdem, wann ein Gefahrenfall eintritt), letzteres technisch und finanziell nur mit riesigem Aufwand durchführbar. An dieser Stelle ist es wichtig, wieder öffentlichen Druck aufzubauen, zu informieren und zu verhindern, dass Morsleben klammheimlich zugeschüttet wird, nachdem die erst die weitere Einlagerung beendet wurde.

Ausgebliebene Nächstenliebe

Das KZ gleich um die Ecke - Buchvorstellung

Die BraBag, die Braunkohle Benzin AG produzierte im 2. Weltkrieg nach dem Petrochemischen Verfahren Treibstoff für Panzer und Flugzeuge, sie zählte zu den wichtigsten Treibstofflieferanten der Wehrmacht. Gleichzeitig war die Brabag mit ihren 13 Lagern und über 13.000 Häftlingen der größte „Arbeitgeber“ von KZ Gefangenen.

Die BraBag war Anfangs Zwangszusammenschluss (sog. Pflichtgemeinschaft nach dem Kartellrecht des Wirtschaftsministeriums) von 10 bedeutenden Braunkohle- und Chemieunternehmen (u.a. der IG Farben und der BASF). Dieser Zusammenschluß sollte das nötige Kapital aufbringen für einen massiven Ausbau der Benzinherstellung. Während Anfangs Bedenken an der Wirtschaftlichkeit der Benzinherstellung bestanden und der Staat zur Gründung der Brabag Absatzgarantien für das gewonnene Benzin geben musste, stellte sich der kriegswirtschaftliche Erfolg sehr bald ein. Aus rechtlichen Gründen bestand die Braunkohle-Benzin AG in der Bundesrepublik fort. Die beteiligten Konzerne erhofften eine Rückübertragung der Besitztümer des Konzerns, die sich in der SBZ befanden. Ein Mitglied der RWE Rheinbraun, die 48 % am Aktienbesitz der Brabag hielt stellte bis 1990 einen Mitarbeiter ihres Unternehmens zu Administrationszwecken ab. Erst als sich diese Restitutionsansprüche (u.a. auf den Grund und Boden der Fabriken und zugehörigen Arbeitersiedlungen) nach der Wende nicht erfüllten wurde die Firma 1992 aus dem Handelsregister gelöscht.

Die AutorInnen dokumentieren am Beispiel der Brabag, dass die KZ Häftlinge mitten in der Gesellschaft gelebt und gearbeitet haben. Anhand von Zeitzeugenberichten und Recherchen widerlegen sie die Annahme, dass die BürgerInnen von ZwangsarbeiterInnen nichts mitbekommen hätten.

Ein KZ in der Nachbarschaft. Das Magdeburger Außenlager der BraBag und der „Freundeskreis Himmler“ Tobias Bütow und Franka Bindernagel ISBN 3-412-09303-3, 19,90 Euro

Morsleben hatte in der Anti-Atom-Bewegung nie die Bedeutung wie Gorleben oder Ahaus. Es handelt sich hier nicht (abgesehen von einigen Cobaltquellen) um hochradioaktiven, sondern um mittelradioaktiven Atommüll. Trotzdem wäre es wichtig, auch in diesem Feld wieder aktiv zu werden. Deshalb laden wir zum 20./21. März 2004 zu einem Treffen nach Magdeburg ein. Alle Leute, die einst um Morsleben aktiv waren, oder jetzt wieder werden

wollen, sind dazu eingeladen. Wir wollen uns dort vernetzen, über Ideen für weitere Aktivitäten sprechen und uns über den Stand und Ablauf des öffentlichen Beteiligungsverfahrens informieren. Bitte meldet euch bei uns an, damit wir das Wochenende vorbereiten können:

0162-78 68 204, mail@greenkids.de

Greenkids Magdeburg e.V.

Karl-Schmidt-Str. 4, 39104 Magdeburg

Was war und kommt...

Direct Action Days in Magdeburg. Von ACN

Im Vorfeld der bundesweiten Anti-§129a-Demo in Magdeburg gab es die „Direct Action Days“ für kreativen Widerstand. Es fanden verschiedene Workshops statt, um neue Handlungsfähigkeiten wie „Subversive Kommunikation“/Kommunikationsguerilla, „Kreativer Antirepression“, Aktions-techniken etc. zu entwickeln. Die Veranstaltungen wurden ganz gut besucht; leider war die Resonanz der Szene in Sachen „daraus Aktionen“ machen nicht so toll. Anders ausgedrückt: es gab Aktionen, bis auf wenige Ausnahmen aber fast nur mit Leuten von außerhalb Magdeburgs.

Am Freitag vor der Anti-§129a-Demo gab es einen „Molly-Workshop“ vor dem LKA. Hintergrund ist, dass im 129a-Verfahren den „Terroristen“ u.a. ein missglückter Brandanschlag auf das Landeskriminalamt vorgeworfen wurde. Nun gab es zunächst eine kleine „Inszenierung“ vorm LKA, in deren Verlauf auffällig unauffällige Leute mit Mollys anrückten, einen Lappen reinstopften und dann schnell abhauten. Die wenigen PassantInnen und die misstrauische Polizei irritierte das offenkundig. „Zufällig“ tauchte dann auch das verhasste Bündnis „Mehr Sicherheit für Magdeburg“ (BMS) auf und machte zusätzliches Aufsehen, forderte ein Eingreifen der Polizei und harte Strafen (was aber nicht geschah).

Da vorm LKA nicht viel los war (die hatten sogar den ganzen LKA-Parkplatz leergeräumt; die vollbesetzten Sixpacks standen unauffällig in Seitenstraßen),

ging das Grüppchen dann zu Karstadt. Dort wurde – vor den Augen einer größeren Menge von Menschen, die auf ihre Straßenbahnen warteten – ein „richtiger“ Molly-Workshop veranstaltet. Wie wird so ein Teil gebaut, wie geworfen, sind Mollys immer richtig/falsch etc. Sehr schnell ergaben sich Diskussionen mit PassantInnen über Aktionsformen, sinnvolle Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderungen und Utopien.

Mehrere Streifenwagen tauchten wieder auf mit aufgeregten PolizistInnen. Denn das war ja nicht angemeldet. Die wussten aber nicht so recht, was sie tun sollten; wurden zwar auch wieder vom BMS aufgewiegelt, aber bekamen dann Befehl vom Chef. Der Wichtig-Bulle vor Ort keifte dann auch etwas in der Art „los, wir hauen ab! Wir lassen uns doch nicht verarschen, wir haben besseres zu tun!“. Es gab keine Personalienkontrollen, keine Auflagen, nix!

Dieser Molly-Workshop hatte der Polizei schon im Vorfeld Kopfzerbrechen verursacht. Noch bevor er bekanntgegeben wurde, wussten die Herrschaften schon davon... Naja, wen wunderts. Und sie versuchten rauszukriegen, was damit gemeint sei. So richtig wahrscheinlich, dass jemand ganz öffentlich Mollys auf das LKA wirft, war das ja nicht. Andererseits ist diesen SpinnerInnen ja alles zuzutrauen. Also wurden Erkundigungen eingeholt. Z.B. bei der AnmelderIn der Anti-§129a-Demo, die auch sonst versucht wurde, wegen der angekündigten „Direct Action Days“

unter Druck zu setzen. Hat der Polizei aber nichts genützt.

Dann gab es eine Woche vorher ganz frech hunderte Postkarten in den Gratis-Auslagen von ca. 80 Kneipen und kulturellen Einrichtungen der Stadt. Das Motiv: ein Stadtplanauszug zum LKA mit eingezeichnetem Landeskriminalamt, Tankstellen und Bemerkungen wie „hier gibt's Wein, Benzin, etc.“. Für die Polizei Aufruf zu Straftaten. Mit diesem Hintergrund wurde auch versucht, zwei AktivistInnen, die vom Karstadt-Sicherheitsdienst mit dem Vorwurf, Getränkeflaschen mit herrschaftsfeindlichen Aufklebern etikettiert zu haben, erfolglos gegängelt wurden, von der herbeigerufenen Polizei „mitzunehmen“. Aber wieder ohne Erfolg. Eine draußen stehende AktivistIn konnte das Telefonat eines Kriminalbeamten mithören, der seinen Chef fragte, auf welcher Rechtsgrundlage er eine Verhaftung der Störenfriede vornehmen könnte, wurde diesbezüglich aber zurückgerufen: Es war einfach kein „Aufruf“. Dann fragte er, ob er nicht wenigstens eine ED-Behandlung (erkennungsdienstliche Behandlung – Fingerabdrücke, Fotos, Maße etc.) ma-

chen dürfe. Das wurde bestätigt. Aber nicht umgesetzt...

Am Tag der Anti-§129a-Demo schließlich organisierte das ominöse Bündnis „Mehr Sicherheit für Magdeburg“ – zu dem sich offiziell Organisationen wie der Polizeisportverein Knüppel, die Junge Union, diverse Kleingartensparten etc. zusammengeschlossen haben – eine Demonstration unter dem Motto „Für ein sauberes und sicheres Magdeburg“. Es war keine große Veranstaltung, aber sehr kraftvoll und motivierend. Hier wurden die Sicherheitsmaßnahmen und Repressionen seitens der Polizei auf die Schippe genommen und abgefeiert. Es gab einen Kameragottesdienst vor der Innenstadt-Überwachungskamera auf dem „Blauen Bock“ mit Gebet, Psalmen, umgedichteten Liedern etc. Angesichts der massiven Vorkontrollen gegen Linke Anti-§129a-DemonstrantInnen wurden Sprüche wie „Was wir wollen: mehr Kontrollen“, „Knüppel schwingen – Freiheit bringen“, „Wir wollen mehr. Paramilitär“ und viele weitere spontane Kreationen skandiert. Diese Ironie/Zynismus war für die Betroffenen klar erkennbar, so dass sie sich hoffentlich nicht verarscht gefühlt haben...

Jede Auflage der Polizei wurde gefei-

Zeitung aus der Magdeburger Jugendumweltbewegung

grünes blatt

Ausgabe 1-2004 u.a. mit:

- + Jugendumweltkongress in Darmstadt
- + Sozialforumskritik Magdeburg
- + MIA & Co. wollen Deutschland neu definieren
- + Repression - Prozessbericht Giessen



Straße wurde mehr ohne umständliches Betteln überquert. Wenn dann die Erlaubnis kam: großer Applaus und Gelächter. Den anwesenden PolizeibeamtInnen aus anderen Bundesländern wurde für ihre Anwesenheit gedankt, weil es doch der einzige Tag im Jahr sei, an dem mensch sich in Magdeburg richtig „sicher“ fühlen könnte. Und sie sollten doch bitte öfter kommen. Das fanden die wohl nicht so witzig.

Im Vorfeld der Direct Action Days hatten offensichtlich verschiedene Gruppen und andere TäterInnen unabhängig voneinander die verschiedensten Aktionen angekündigt bzw. angemeldet. Das ging von einer Demo des ADAC gegen die vielen Demos am 25.10., Öffentliche Treffen einer „AG Bombenbau“ und Vorbereitungstreffen zum Mollyworkshop über die angekündigte Neubesetzung der „U8“ bis zur „Demo gegen lange Demorouten“. Klar dass das dann ein wenig viel für die kleine Szene wurde und nur ein Bruchteil dessen stattfand. Trotzdem war die Polizei mit von der Partie: das Polizeiaufkommen z.B. vor der geräumten „Ulrike“, in der ein geheimes Treffen öffentlich angekündigt war (fand das eigentlich statt?), war recht hoch.

Bei öffentlichen Ankündigungen wurde sehr offensiv auf die geplanten Aktionsformen – insbesondere die kreative Antirepression – verwiesen. Wenn die Polizei die Aktionen be- oder verhindern wolle, würde das zum Anlass genommen, aus dem Einsatz eine weitere Aktion zu machen. Der Vorfall bei Karstadt, wo der Sicherheitsdienst meinte, Leute wegen angeblichem Aufkleberklebens mitnehmen zu müssen, brachte dann wohl auch einige Wir-

kung. Die Sicherheitsleute mussten feststellen, dass ihr autoritäres Auftreten wirkungslos blieb. Die zwei Festgehaltenen witzelten über die Flaschen, die nun angeblich nicht mehr verkaufbar seien und äußerten ihre Durstgefühle. Das fanden die Privatsheriffs nicht cool. Die drohten mit Anzeige und ihrem Chef. Das wurde wiederum eingefordert und ein Gerichtsverfahren verlangt. Weil damit ja eine viel größere Öffentlichkeit für das schmutzige Geschäft von Karstadt erreicht werden könnte. Und natürlich auch, weil dann das aggressive Verhalten der Sicherheitsbeamten nicht unter den Tisch gekehrt werden könnte. Dieses ständige Einfordern der Repression, die eigentlich Drohmittel sein sollte, führte dazu, dass die Sicherheitsleute irgendwann resignierten. Sie holten die Polizei, die sich mit neuem Eifer ins Gefecht stürzte, aber auch nicht weiterkam (siehe oben). Diese Aktion muss bei den Uniformierten derart bleibende Eindrücke hinterlassen haben, dass selbst der Einsatzleiter des 25.10. noch vorwurfsvoll darauf verwies.

Unterm Strich schien diese praktizierte Antirepression zu einer Änderung der Polizeitaktik gegenüber den „Direct Action Days“ geführt zu haben: Die folgenden Aktionen wurden weitestgehend ignoriert, nur im Hintergrund hielten sich starke Einsatzkräfte. Es herrschte sowas wie „Narrenfreiheit“. Selbst zur Anti-§129a-Demo kamen die offensiv Repression-fordernden Leute ohne Vorkontrollen und ähnliches rein. Da half auch das Verlangen nach Durchsuchung nicht: In einem Fall fragte ein aufgefundener Beamter noch, ob die FragerIn mit bei der „Pro“-Demo dabei-

gewesen sei; als das bejaht wurde, ignorierte er alles weitere völlig.

Zum Polizeikonzept scheint die Verfolgung auf juristischem Wege aber dazugehören. Nach den „Direct Action Days“ flatterten einige Vorladungen und Anhörungsbögen wegen einiger der Aktionen ins Haus. Im Karstadt-Verfahren wird wegen „Sachbeschädigung“ ermittelt – die Beweislage war aber schon vor Ort mau. Sollte es zum Verfahren kommen, können unsere auswärtigen Gäste wieder nach Magdeburg fahren (auf Staatskosten); Anlass für neue Aktionstage? Gegen zwei Personen gibt es außerdem Bußgeldverfahren wegen „grob ungehöriger Handlung, die geeignet ist die Öffentliche Ordnung zu gefährden“. Ihnen wird vorgeworfen, Demonstrationen nur „zum Schein“ angemeldet zu haben. In einem Fall gibt es schon einen Bescheid über 320,00 EUR. „Rechtsmittel“ wurden eingelegt. Sollte das Ordnungsamt dieses Verfahren bis zuende durchziehen wollen, wird es wohl noch einen lustigen Prozess geben. Zum einen inhaltlich: das Versammlungsrecht ist in der BRD ein ziemlich hohes Rechtsgut, wo es schon schwierig ist einfach mal eben eine „Scheinanmeldung“ zu unterstellen. Da es in beiden Fällen ZeugInnen bzw. Tatsachen sind, die gegen den Vorwurf der „Scheinanmeldung“ sprechen, könnte es da sogar ein gewisses Interesse kritischer JuristInnen geben. Der andere Aspekt ist, dass wir vielleicht erstmals in Magdeburg einen Prozess kreativ gestalten können. Dazu würde es dann natürlich auch ne Menge Workshops und Aktionen geben...

Eine der beiden „verfolgten“ Demos ist die „Demo gegen lange Demorou-

ten“. Die wurde nun bereits neu angemeldet – und interessanterweise hat der Vertreter der Versammlungsbehörde beim „Kooperationsgespräch“ (sehr schön, eine Zwangshandlung als „Kooperation“ zu betiteln, nicht?) erklärt, er wäre nun überzeugt, dass es sich doch um eine politische Versammlung und keine „Verarschung“ handeln; also keine Scheinanmeldung... Der Termin für diese Demo steht noch nicht fest. Es gibt aber bereits einige Ideen für die Gestaltung. Mehrere Leute aus der „Friedensbewegung“ möchten einen Demoabschnitt – da die Route kreuz und quer durch Magdeburg geht und für ein „Durchlaufen“ zu lang ist, wurden Teilabschnitte eingerichtet – zum Thema Gefängnisstrafen gegen Antikriegs-AktivistInnen gestalten. Der Kameragottesdienst – vielleicht mit neuen Liedern und anderer Gestaltung – soll wiederholt werden. Es gibt die Idee einer Pro-Polizei-Demo, bei der mehr Urlaub für die BeamtInnen, bessere und vor allem längere Ausbildung, Kameras auf den Polizeiklos, Bekanntgabe von Streifenrouten mindestens einen Tag vorher und weiteres Zeug gefordert werden sollen. Für weiteres sind wir offen! Wer betreffend Termin und Inhalten Ideen oder Wünsche hat, kann sich an da-md@gmx.de wenden.

Mehr Material auf:

[www.projektwerkstatt.de/
antirepression/prozesse/da-md.html](http://www.projektwerkstatt.de/antirepression/prozesse/da-md.html)

Die unanständig Anständigen

Vom „Sichausziehenmüssen“ auf dem Amt. Von Ines Fritz

Wenn man sich mit dem Thema Sozialhilfe befasst, stößt man vor allem auf Vorurteile. So meinte jemand zu mir, man müsse sich halt den Gegebenheiten anpassen: Weniger Geld, weniger Luxus. Wie viel Luxus man sich von 285,00 Euro - dem monatlichen Regelsatz der Hilfe zum Lebensunterhalt für Sachsen-Anhalt - leisten kann, auf den man dann verzichten könne, ließ man offen. Die Anspruchsbedingungen für die Sozialhilfe sind eng gesteckt und zwingend. "Man müsse sich schon ausziehen", meinte eine Amtsleiterin. Die Tricks und Kniffe der Ämter, sich der Leistung zu entledigen, sind zahlreich. Der Gerechtigkeitssinn der Betroffenen scheint gelähmt.

Per Gesetz zur Ehrlichkeit verdonnert, sind Sie die letzten erzwungenen Moralisten. Für Steuerbetrüger mit Millionenreichtum gibt es eine Steueramnestie, für mutmaßliche Sozialleistungsbetrüger einen reißerischen Bericht in der BILD: Die liegen uns auf der Tasche. Schön, wenn sie da rein fassen könnten, aber das tun sie nicht.

Trotzdem leben Vorstellungen weiter, dass Erwerbslose selbst schuld seien, an allem. Glücklicher, der sich einreden kann, sein Einkommen wäre sein Verdienst. Gern beugt er sich freiwillig den Belangen der Firma, dem Überstundenruck und der Lohnkürzung: Noch sind wir wer - unschuldig, weil abhängig beschäftigt. Im festen Glauben daran, dass man es jetzt schaffen könnte, ein bisschen weiter nach oben zu kommen, wird nach unten getreten, was das Zeug hält.

"So arm kann er ja nicht sein", kommentiert jemand das Treffen mit einem Sozialhilfeempfänger, "er raucht ja noch". Selbst Kriegsgefangenen gesteht man das Recht zu, zu rauchen. Erwerbslose sind viel weniger als das. Abstrakte Begrifflichkeiten wie Stolz, Würde, Gegenseitigkeit hätte man abzugeben: Menschen, 2. Klasse. Armut degradiert. Sie tastet die Würde an und verlangt, dass man hinzunehmen hat, was man nicht hinzunehmen braucht. All das geschieht unmerklich, unbewusst, in unseren eigenen Köpfen. Jeder unreflektierte Bericht über einen weiteren "Schmarotzer" hinterlässt Spuren, die dazu führen werden, anders sein zu wollen. Sozialleistungsbetrug ist keine statistisch relevante Größe, sondern ein Mediens Schlagwort. Es wird geschätzt, dass 3 bis maximal 5 % der Leistungsempfänger ihre Sozialleistungen zu Unrecht beziehen. Es wird aber auch geschätzt, dass 63,1 % der tatsächlichen Ausgaben für Sozialhilfe durch teils freiwilligen oder erzwungenen Verzicht eingespart werden können (Gerhard Bäcker in "Armut trotz Sozialhilfe?", 2002). Und der Kanzler sagt, es müsse gerechter verteilt werden: was und wohin?

Ich hätte gern etwas mehr Öffentlichkeit gerecht verteilt. Gern hätte ich die Gelegenheit, all das zur Sprache zu bringen, was so sonnenklar vor mir liegt. Aber genau da liegt auch das Problem, mitten in der Sonne wie ein riesiger Butterberg: monopolistische Medien. Meinung vorgekaut und reingewürgt.

Wie gern hätte ich es gesehen, wenn man wie auf den Zigarettenpackungen

vor dem Rauchen, auch vor der Boulevardpresse warnt. BILD: Das Lesen dieser Zeitung macht doof! Volksstimme: Vorurteile fügen den Menschen in Ihrer Umgebung erheblichen Schaden zu! So hübsche, kleine Klebchen mit theatralischem Rand. Das wäre etwas.

Bis es allerdings soweit ist, werde ich schreiben müssen und hoffen, dass es irgendjemand liest und sich Gedanken macht. Dass sich jemand dafür interessiert, wie es denen "unten" geht: Ob sie Hilfe brauchen, wenn sie keine Hilfe bekommen. Das System funktioniert nicht mehr im Sinne der Betroffenen: Es funktioniert nur gegen sie. Sozialhilfe wird zum sozialen Bumerang für alle jene, die auf Sie angewiesen sind. Von der eigenen Not überwältigt, vom Behördenterror drangsaliert und der Öffentlichkeit totgeschwiegen, leben sie in ständiger Angst, es nicht mehr zu schaffen. Menschen wie du und ich, sitzen auf der einen als auch der anderen Seite des Schreibtischs. Dazwischen liegt ein unüberwindbarer Schützengraben. Berauscht von der Macht, etwas entscheiden zu können, schießen einige über das eigentliche Ziel hinaus: Helfen, wo Not am Menschen ist. Mit tauber Gleichgültigkeit wird auf Gesetze verwiesen, nach denen man handeln müsse. All das was begünstigend auf den Betroffenen wirkt, wird ignoriert. Mit blindem Gehorsam wird durchgesetzt, was unmenschlich ist. Mit kommunalem Sparzwang wird entschuldigt, was unentschuldigbar ist: Neben dir könnte so einer wohnen, ein Mann oder eine Frau vom Amt. Heute wurde wieder jemandem die Existenzgrundlage entrissen und man sagt freundlich "Guten Tag!". Arbeit ist eben alles und ein Dienstverhältnis macht frei von Schuld? Amtshaftung gibt es

nicht, so sind nachweisbare Fehler auch nur eine Genugtuung für den Kläger. Nur selten rücken Betroffene Namen heraus: Es könnte alles noch schlimmer werden. Ein Schwarzbuch der Sozialhilfe gibt es nicht oder es wurde nie veröffentlicht. Der Sozialneid tut sein Übriges. Strafanzeigen werden abgebügelt: "Hinsichtlich der von Ihnen behaupteten Körperverletzung nach § 223 StGB, die Sie den bearbeitenden Angestellten der Landeshauptstadt Magdeburg anlasten, fehlen jegliche Anhaltspunkte dafür, dass diese als Täter in Betracht kommen könnten." (Oberstaatsanwalt Baumgarten 17.06.2003, AZ: 1202-3000069-5 125 UJs 18200/03).

Mit gleicher Überzeugung möchte ich Erwerbslose jeglicher Schuld frei sprechen: Ich denke, es ist an der Zeit, die Ermittlungen einzustellen und bedingungslose Solidarität zu üben.

Ich weiß, dass es Menschen mit Arbeitslosenhilfe eben so schlecht gehen kann, dass auch Arbeitende immer öfter jeden Euro umdrehen müssen, dass auch Studenten unter dem Regelsatz der Sozialhilfe leben, dass es so viele Varianten der materiellen Notlage gibt. Doch hat all das nur einen Namen: Armut.

"Unter Berücksichtigung einer gesamtdeutschen Armutsschwelle sind Ende der 90er Jahre in Sachsen-Anhalt 18 % oder 219.000 der rund 1,2 Mio. Haushalte als einkommensarm zu bezeichnen, weil Ihnen weniger als 60 % des Medians des gesamtdeutschen Äquivalenzeinkommen zur Verfügung steht." (Aus dem Armuts- und Reichtumsbericht für Sachsen-Anhalt)

Auch wenn es sehr schwer ist, Hilfe Bedürftige zu finden, die reden wollen: Eine soziale Revolution kann nur von "unten" beginnen.

Autoorganisation

Kongress- und Aktionstage selbstorganisierter Strukturen vom 4. bis 11. April in Berlin

Weltweit kämpfen derzeit viele selbstorganisierte Projekte und Strukturen um ihr Überleben. Den europäischen Richtlinien gegen Hausbesetzungen wird bisher kaum international begegnet. Egal ob die einzelnen Konflikte sich nun um geänderte Eigentumsverhältnisse, autoritäre Verordnungen, die das dauerhafte Wohnen im Wagen kriminalisieren, oder um für nicht kommerzielle Projekte unerfüllbare Auflagen von Ämtern handelt, das Muster ist immer ähnlich: Widerständige und nicht kommerzialisierte Strukturen und Projekte fügen sich einfach nicht in das Idealbild einer durchkapitalisierten Gesellschaft ein. Daher handelt es sich bei den Konflikten in den einzelnen Städten auch nicht um lokale Konflikte, sondern um einzelne Facetten einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung.

Aufruf zur Beteiligung

In selbstorganisierten Projekten wird unser politischer Anspruch von Herrschaftsvermeidung wenigstens teilweise im Alltag verwirklicht. Hausprojekte und Wagenburgen sind nicht nur Rückzugs- und Schutzraum, sondern gerade auch Ausgangspunkte für den politischen Kampf nach außen. Kollektives Wohnen, Volxküchen, Umsonstläden ermöglichen es, sich der kapitalistischen Verwertungslogik wenigstens teilweise zu entziehen. Arbeitskollektive und selbstverwaltete Betriebe bieten eine Alternative zu einer Arbeitswelt, die von Konkurrenz, Leistungsdruck und Individualisierung geprägt ist. Infoläden und unabhängige

Medien schaffen nicht nur Gegenöffentlichkeit, sondern dienen auch der Vernetzung emanzipatorischer Projekte untereinander. Autonome Zentren bieten Raum, sich zusammen zu organisieren, für politische Veranstaltungen aber auch für Kulturveranstaltungen jenseits des Mainstreams.

Es geht uns aber nicht darum, uns eine friedliche alternative Nische zu schaffen abseits der schlimmen Welt. Vielmehr sind linke selbstorganisierte Strukturen eine wichtige Basis unserer politischen Kämpfe. So geht es bei dem Kampf für den Aufbau und Erhalt linker Strukturen auch darum, linke Politik als solche zu verteidigen.

Sicherheitsdiskurs

Im Namen der Inneren Sicherheit ist - spätestens seit dem 11.09.2001 - fast alles erlaubt. Persönlichkeitsrechte werden ausgehöhlt, die (Video-)Überwachung des Öffentlichen Raumes wird ausgebaut und die Befugnisse von Polizei und Behörden werden ständig erweitert. Dieses verstärkt autoritäre Auftreten des Staates geht einher mit einem Rückzug aus den sozialen Bereichen.

Im Zuge der Neoliberalisierung der Gesellschaft gibt es den grundsätzlichen Trend, dass auch Städte und Länder sich immer mehr als Unternehmen begreifen, die untereinander in Konkurrenz stehen. Die erkämpften sozialen Errungenschaften müssen dieser Verwaltungstechnokratie weichen. Damit soll nicht der "sozialen" Marktwirtschaft hinterher getrauert werden. Es ist aber derzeit eine klare Ver-

schärfung der Situation zu sehen: das gesellschaftliche Ungleichgewicht wird zunehmend schärfer und bisher Er kämpftes wird in Frage gestellt. Dies trifft insbesondere solche, die schon am Rande der Gesellschaft standen. So werden verarmten, kranken und erwerbslosen Menschen durch die Kürzung öffentlicher Ausgaben zunehmend die Unterstützung entzogen. Die Integration von Behinderten und die berufliche Förderung von Frauen wird ebenso in Frage gestellt wie die gesundheitliche Grundversorgung und Prävention.

Arbeitslose sollen jeden Job annehmen. Alle, die sich nicht in die schöne neue Konsumwelt einpassen, sollen zumindest nicht mehr sichtbar sein und werden aus den Innenstädten vertrieben. MigrantInnen sollen sich assimilieren, sofern sie Lohnarbeit leisten, und ansonsten aus der Festung Europa entfernt werden. Es verschärft sich so das abgestufte System der Ausbeutung und Konkurrenz.

Bedrohung von Projekten

Dieser autoritären gesellschaftlichen Formierung versuchen linke Einrichtungen praktische Alternativen und Ausgangspunkte für Widerstand entgegenzustellen. Egal ob einzelne Projekte durch geänderte Eigentumsverhältnisse, steigende Mieten oder Kontrollansprüche der Ämter bedroht werden: Die Mittel von Ausbeutung und Kontrolle sind vielfältig. Gerade dieser Konflikt macht linke Projekte aber umso wichtiger, da sie sich nicht nur einer totalen Kommerzialisierung der Stadt entgegenstellen, sondern die Möglichkeit eines anderen Lebens auch sichtbar machen.

Viele Projekte verschwinden aber nicht durch Angriffe von außen, sondern zerbrechen an inneren Konflikten um unter-



schiedliche politische Zielvorstellungen, Lebensperspektiven oder Attitüden. Andere Projekte durchlaufen oft in kurzer Zeit einen Prozess der Kommerzialisierung, bei dem aus einem ehemaligen Arbeitskollektiv mit egalitärem Anspruch ein Chef-Betrieb oder aus einem linken Kulturzentrum eine gewöhnliche kommerzielle Einrichtung wird. Gerade die oft gewünschte Legalisierung oder öffentliche Förderung wird hier häufig zum Einfallstor.

Leider gehen zur Zeit wesentlich mehr selbstbestimmte Projekte an den oben genannten Konflikten kaputt als neue entstehen. Es gibt aber mit einigen erfolgreichen Neubesetzungen oder basisdemokratischen Projekten wie indymedia auch Gegenbeispiele. Um uns über Fragen und Perspektiven auszutauschen laden wir zu einer Kongress- und Aktionswoche am 4. bis 11. April in Berlin ein.

Weitere Infos und Anmeldung unter: www.autoorganisation-04.org

Die Mühen der Ebene

Die Bewegung der Sozialforen hat nun auch Magdeburg erreicht

Anfang des Jahres haben sich auf Initiative von DGB und Attac auch in Magdeburg ca. 40 Menschen zur Gründung eines Sozialforums zusammengefunden. Diese kamen - neben den bereits genannten - aus verschiedenen Vereinen und Zusammenhängen (von der AWO über die Kirche und politischem runden Tisch der Frauen bis hin zum Autonomen Zusammenschluss und der MLPD) oder vertraten nur sich selbst.

Zwar wurde gleich zu Beginn betont, dass das Sozialforum keine Podium für politische Parteien sein soll. Jedoch wurde im weiteren immer wieder von Mitgliedern verschiedener Parteien diese Entscheidung immer wieder moniert bzw. versucht, durch Nennung der "neoliberalen" Parteien die dann ungenannt bleibenden faktisch im Umkehrschluss reinzuwaschen.

Beim ersten Treffen wurde noch wenig über Inhalte diskutiert - dafür gebe es eine Arbeitsgruppe, die sich bereits vorab mehrmals getroffen habe. Von dieser AG gab es dann einen Entwurf für ein Gründungspapier, der dann gemeinsam diskutiert wurde. Einig war man sich darin, dass dem forcierten Sozialabbau in Gestalt von Agenda 2010 usw. etwas entgegengestellt werden soll. Das Sozialforum soll Koordinator für Aktionen sein, Bildungsveranstaltung organisieren bzw. einfach zum Kontakte knüpfen und als Ideenbörse dienen. Zum Europäische Aktionstag am 2./3.4. soll das Sozialforum Magdeburg dann öffentlich aus der Taufe gehoben werden.

Nachdem das erste Treffen noch weitgehend von diesen beiden Gruppierungen dominiert wurde, meldeten sich in den Folgeveranstaltungen auch vermehrt TeilnehmerInnen aus anderen politischen Spektren zu Wort.

Eine andere Politik oder Antipolitik?

Im vorgelegten Papier von DGB und Attac werden zunächst einige Kritiken an den derzeitigen Entwicklungen gebracht und gleichzeitig Ursachen dafür benannt, also quasi eine Kurzanalyse skizziert. Diese läuft letztlich darauf hinaus, den derzeitigen Entwicklungen zum "hemmungslosen Kapitalismus" eine vermeintlich bessere Vergangenheit eines Sozialstaates gegenüberzustellen, zu der es zurückzukehren gilt. Die derzeitigen Herrschenden verstünden nicht, dass das eine falsche Politik ist, die nur noch tiefer in die Krise führt. Zudem klingt der Appell an die "Sozialpflichtigkeit des Eigentums" wie der Ruf nach sozialer Fürsorge - "Leistungsträger" sollen sich um die "Schwachen" kümmern.

Nüchtern betrachtet hat aber eben kein "Systemwechsel" stattgefunden, sondern eher eine Beschleunigung der kapitalistischen Krisenverwaltung zu Lasten der Lohnabhängigen. Das ist nicht Folge einer verfehlten Politik, sondern eine durchaus gewollte Offensive seitens der Unternehmer und ihrer politischen Vertreter zur Abwälzung der Krisenfolgen auf den "Rest" der Bevölkerung.

Diese Entwicklung kann man nur durch energische Proteste entgegen-treten. Diese dürfen sich aber nicht darauf beschränken, an politische Parteien zu appellieren, sondern müssen auch und insbesondere Druck auf die (Gross-)Unternehmen ausüben. Ziel kann es nicht sein, die "Wirtschaft anzukurbeln" oder "Arbeitsplätze zu schaffen", sondern ein lebenswürdiges Dasein für alle. (Dass es dazu derzeit sinnvoll ist, die Arbeit gerechter zu verteilen, ist klar – ist aber nur Mittel und keine Ziel.)

Es ist klar, dass eine antikapitalistische Alternative derzeit nicht auf der Tagesordnung steht. Dennoch ist es nicht sinnvoll, als bessere Krisen-verwalter wirken zu wollen. Zentrales Anliegen sollte sein, Menschen zu ermutigen, sich selbstorganisiert gegen die alltägliche Zumutungen des herrschenden Systems zu wehren. Wir wollen also lieber "Sand im Getriebe" sein, als alternative Sozialpolitik betreiben.

Basisdemokratie vs. Effizienz?

Mindestens ebenso wichtig wie die Positionen eines Grundsatzpapiers ist der Umgang miteinander, die Art und Weise der Entscheidungsfindung. Mitunter hatte man den Eindruck, dass – zugunsten einer vermeintlich effektiveren praktischen Arbeit – auf basisdemokratische Entscheidungsprozesse bewusst verzichtet wird. Da wurden auf Diskussionstreffen auf einmal völlig neue, den meisten Anwesenden unbekannte Papiere aus dem Hut gezaubert, die anstelle der beiden vorliegenden Entwürfe diskutiert werden sollten. Immer wieder wurde auf Treffen festge-



»Du immer mit deinem
dritten Weg!«

stellt, dass dieses und jenes doch Konsens gewesen sei – ohne dass es eine Abstimmung gegeben hätte. Wenn kein Konsens festgestellt erzielt werden konnte, weil es Einsprüche gab, wurde eben die Formulierung stehen gelassen, die der Protokollant besser fand. Mitunter wurde auch mal abgestimmt – wobei dann aber, entgegen der anvisierten "einvernehmlichen" Entscheidungsfindung, einfache Mehrheiten galten. Ebenso wird bei der Terminplanung oft auf's Tempo gedrückt, wodurch die VertreterInnen der verschiedenen Gruppen wenig Möglichkeiten haben, die Diskussion in ihre Gruppen zu tragen.

« Unser **LEBEN** ist der **MORD**
 durch **ARBEIT** – wir hängen
 60 Jahre lang am **STRICK** und
 zappeln. Aber wir werden uns
LOSSCHNEIDEN»

[Georg Büchner, 1835]



[anar'ço:zyndi'ka'lismus]
 ist ein Messer



PROBEHEFT

Direkte Aktion
 Mühlgasse 13
 60486 Frankfurt
 da@fau.org

es auch relativ egal, was im Gründungspapier steht, sie wollten – was man ja durchaus nachvollziehen kann – gleich zu praktischen Aktionen übergehen. Die Frage ist nur, ob man mit solchem Vorgehen nicht nur wieder Verhaltensweisen und Entscheidungsstrukturen reproduziert, die mit einiger Sicherheit massgeblich für den derzeitigen Zustand dieser Gesellschaft sind. Politische Richtungsvorgaben werden vermeintlichen Experten überlassen.

Gemeinsam kämpfen?

Es dürfte klar geworden sein, dass sich die Vorstellungen der an einem Sozialforum in Magdeburg Interessierten in einem sehr breiten Spektrum bewegen. Auch besteht die Gefahr, dass sich

solch ein Forum zum Sprungbrett für eine neue (alte) Sozialdemokratie entwickelt, die eine Bewegung wieder im Fahrwasser der Politik versanden lässt.

Aber wie sich das Sozialforum entwickelt, liegt letztlich an den Beteiligten selbst. Es erscheint mir durchaus sinnvoll, ein solches breites Bündnis zu schaffen, kommt es doch darauf an, mit einer möglichst breiten Mobilisierung Voraussetzungen für Lernprozesse zu schaffen, ohne die eine selbstorganisierte Entwicklung kaum vorstellbar ist. Wichtig ist es, dass sich diejenigen, die eine Perspektive jenseits des Kapitalismus anstreben, nicht unterbuttern lassen.

Zwar wird es schwierig sein, mit gemeinsamen Statements an die Öffentlichkeit zu treten. Neben dem Gründungspapier, dass auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner basieren sollte, kann man bei konkreten Aktionen durchaus auch die unterschiedlichen Argumentationen und Perspektiven nebeneinander stehen lassen.

Aber letztlich werden nur gemeinsame Aktionen zeigen, inwieweit ein solches Bündnis sich als sinnvoll erweisen kann. Die Treffen des Sozialforums (bzw. der Gründungsgruppe) finden immer alle 14 Tage mittwochs im Eine-Welt-Haus (Schellingstr.) in Magdeburg statt. Am 27.3. ist eine Mobisierungsaktion für den bundesweiten Aktionstag geplant, am 17.4. soll dann in Magdeburg ein Veranstaltungstag zur gemeinsamen öffentlichen Diskussion stattfinden.

Weitere Infos künftig unter
www.magdeburgersozialforum.de.

Ein Sturm ging los.

10 Jahre Aufstand der Zapatisten

Am 9.01 des neuen Jahres wurde im Heizhaus ein Infoabend veranstaltet, Thema des abends war der nun bereits 10 Jahre anhaltende Aufstand der Zapatistas in Chiapas/Mexico. Dieser Artikel soll eine Zusammenfassung der Infoveranstaltung sein für diejenige/n, die an dem Abend nicht konnten, nicht wollten oder es einfach nicht wussten, aber sich dennoch damit beschäftigen wollen.

Ursprünglich hat YA-BASTA, eine Gruppe aus Münster, den Vortrag gehalten, von denen bisher alle schon mal als Menschenrechtsbeobachter in Chiapas waren. Deshalb basierten viele Informationen auf persönlichen Erfahrungen.

Mit dem Ausruf "YA-BASTA" - "es reicht!" fing auch am 1. Januar 1994 der Aufstand der indigenen Bevölkerung Mexikos an. Angetrieben von der schon seit 1984 bestehenden Zapatistischen Armee der nationalen Befreiung (EZLN) wurden endlich klare Forderungen an die Regierung, die Großgrundbesitzern und an alle anderen Ausbeuter der Welt gestellt. Diese waren, das Recht auf Land, Autonomie, Nahrung, Bildung und Anerkennung ihrer indigenen Identität.

Der "Tropfen der das Fass zum Überlaufen" gebracht hatte war das Inkrafttreten des neoliberalen Freihandelsabkommens (NAFTA) zwischen den USA, Kanada und Mexiko im Jahre 1994. Daraufhin besetzte die EZLN mehrere chiapanekische Orte, unter anderem die Provinzhauptstadt San Cristobal de las Casas.

Was folgte, waren mehrere Tage bürgerkriegsähnliche Zustände, die mit der Intervention der mexikanischen Bundesarmee in Chiapas noch verstärkt wurden.



Am 12.01.94 dann wurde seitens des Präsidenten Salinas ein Waffenstillstand ausgerufen, bis es Ende Februar zu "Friedensgesprächen" zwischen EZLN und Regierung kam, die aber aufgrund inakzeptabler Angebote seitens der Regierung von der EZLN abgebrochen wurden. In den darauffolgenden 2 Jahren folgten immer wieder Verhandlungsrunden, die alle scheiterten. Im Januar 1996 dann gibt es das erste Teilabkommen über die Autonomie der Indigenas. Trotzdem ist

die ständige Präsenz von Militär und Paramilitärs Alltag in den Dörfern, ebenso die Repression und Armut, die das Leben eines Jeden prägen. Seit Jahren führt die Regierung diesen "Krieg niederer Intensität", wie sie es selber nennen, da ein offen geführter Krieg ausländische Großkonzerne abschrecken würde - die Regierung aber setzt alles daran, diese ins Land zu holen.

Als bewehrtes Aufstandsbekämpfungsmittel wird beispielsweise auch Alkohol eingesetzt. Paramilitärische Truppen, arrangiert von Großgrundbesitzern oder der Regierung selbst, schmeißen flaschenweise Alkohol in die Dörfer, obwohl bekannt ist, dass dort allgemeines Alkohol- und Drogenverbot herrscht. Dieses wurde 1993 mit dem revolutionären Frauengesetz eingeführt, da es des öfteren deshalb zu gewalttätigen Übergriffen auf Frauen seitens der dort lebenden Männer kam. Weitere Versuche, den Widerstand der Indigenas zu brechen und sie untereinander zu spalten sind Kaufangebote der Regierung. Das heißt, dass den Menschen Geld geboten wird, unter der Bedingung, dass sie aufhören zu kämpfen. Teilweise hat die Regierung damit Erfolg, da manche Menschen aus den Gemeinden über die Jahre hinweg müde geworden sind. Aber auch Angst und Einschüchterung spielen eine elementare Rolle. Ganz verwunderlich ist das nicht, denn seit dem großen Massaker in Acteal am 22.11.97 haben Provokationen und Drohungen seitens Militär und Paramilitär eine ganz andere Bedeutung bekommen. Trotzdem sich Menschen kaufen lassen haben, ist es ihnen weiterhin gestattet, in den Gemeinden zu leben, auch wenn sie nicht mehr am Widerstand beteiligt sind.

Autonomie und Organisation der Gemeinden

Die Gemeinden unterscheiden sich zum Teil in der Lebenssituation ihrer BewohnerInnen, das heißt einige Gemeinden sind ärmer als andere. Trotzdem lehnen alle Gemeinden staatliche Hilfe ab und versuchen sich komplett selbst zu verwalten und basisdemokratisch zu organisieren.

Jede von ihnen besitzt sogenannte "Cargos", das sind Ämter und Verwaltungen für verschiedene Bereiche, die von den Mitgliedern der Gemeinden bestimmt werden. Außerdem gibt es die "promotores", welche auch eine Art von Organisation sind, diese erfüllen in den verschiedenen Ämtern bestimmte Positionen. "Promotore" kann jedes Mitglied der Gemeinde werden, da sie nach dem Rotationsprinzip gewählt werden.

Allgemein geltendes Prinzip ist das des "gehorchenden Befehls", so ist jeder von jedem in gewisser Form abhängig. Seit 1995 galten als Versammlungsort und Austauschort die "Aguascalientes", wo Entscheidungen besprochen und getroffen wurden. An deren Stelle sind seit August 2003 die "Caracoles" getreten, was soviel heißt wie Schneckenhäuser. Denn vom 8. - 9. August 03 luden die Zapatistas zu einem internationalen Treffen im lakandonischen Urwald ein. Dort wurde mit einem riesigen Fest die neue gute Regierung der autonomen Gemeinden eingeweiht, die von der schlechten nationalen Regierung als verfassungsmäßig anerkannt werden musste.

Die Schneckenhäuser als Spirale, die ein Symbol für die Entwicklung hin zur Demokratie und Autonomie darstellen sollen. Weitere Umstrukturierungen, die der Öffentlichkeit preis gegeben wur-

den, waren auch die "Juntas de Buen Gobierno" (Ratsversammlung der guten Regierung), die für freien Verkehr und freie Kommunikation zwischen den Gemeinden zuständig sind. Außerdem sollen sie Anlaufstellen für die nationale und internationale Zivilgesellschaft sein, als Möglichkeit mit zu bestimmen. Sie fungieren ebenfalls als "juristische" Instanz, die Konflikte Schlichten und die Kommunikation fördern sollen.

Während viele Commandantes der EZLN vertreten waren, fehlte einer der bekanntesten, das sogenannte Sprachrohr der Bewegung, Subcommandante Marcos. Über eine Radioansprache teilte er jedoch mit, dass er die Position des Sprechers der Gemeinden abgeben werde, da die EZLN als Verteidigung nicht als Regierung fungiere. Diese Funktion komme jetzt den JBG's (Ratsversammlungen der guten Regierung) zu. Die Commandantes der EZLN sind im allgemeinen in der Armee Entscheidungsträger, es gibt also eine klare hierarchische Struktur, die sich kaum vermeiden lässt. Auf die Entscheidungsfindung der autonomen Regierung haben sie jedoch wenig Einfluss.

Als Menschenrechtsbeobachter in Chiapas

In Chiapas gibt es zwei Menschenrechtszentren, die Leute aus verschiedenen Ländern als Menschenrechtsbeobachter nach Chiapas vermitteln. MenschenrechtsbeobachterIn kann prinzipiell jede/r werden, wichtig sind einige Spanischkenntnisse und das nötige Kleingeld, um die Anreise und das Leben dort zu

finanzieren. Im Grunde erfüllen Menschenrechtsbeobachter zwei Aufgaben,



sie dokumentieren die alltägliche Repression in den Dörfern und sind deshalb auch eine Art Schutz für die dort lebenden Menschen. Denn Militär und Paramilitärs können es sich weniger leisten, Menschenrechtsverletzungen unter den Augen von ausländischen Menschen zu begehen, da dies auch die mexikanischen Regierung

in schlechtes Licht rücken lassen könnte. Als Menschenrechtsbeobachter gibt es aber auch einige Auflagen, die möglicherweise in der einen oder anderen Situation

zu Gewissenskonflikten führen können. Denn es gilt in jeder Situation das Prinzip des "Nichteinmischens". Diejenigen, die sich daran nicht halten, können des Landes verwiesen werden.

Weißer Folter

Die an humanen Grundsätzen ausgerichtete Ausländerpolitik in Sachsen-Anhalt. Von Matthias Kramer

Durch einen weiteren Erlass des Innenministeriums soll das Ausreisezentrum in der ZAST Halberstadt verlängert und die Maßnahmen gegen Flüchtlinge verschärft werden. Ziel der an humanitären Grundsätzen ausgerichteten Ausländerpolitik ist es daher, allen Ausländern ein Leben frei von Angst und Diskriminierung zu gewährleisten. Bei einem AusländerInnenanteil von 1,8% an der Gesamtbevölkerung in diesem Bundesland scheinen dies entweder die AusländerInnen oder die Sachsen-AnhaltinerInnen nicht recht verstanden zu haben.

Um uns darüber hinaus auch weiterhin als ein in echten Notfällen hilfsbereites Land betätigen zu können, ist es jedoch erforderlich, konsequent alle Möglichkeiten zur Rückführung ausreisepflichtiger ausländischer Staatsangehöriger auszuschoöpfen. Womit wieder einmal alles geklärt wäre. Um der einheimischen Bevölkerung die Tatsache, dass sich auch in ihr Land hin und wieder ein ausländischer Mensch verirrt, einigermaßen erträglich zu machen, muß die Anzahl der hier lebenden AusländerInnen auf ein Minimum begrenzt werden. Deshalb gehörte auch Sachsen-Anhalt zu den Bundesländern, die im Rahmen der Diskussion um ein Zuwanderungsgesetz im Januar 02 ein "Ausreisezentrum" in der ZAST Halberstadt einrichteten. Dies geschah unter einem sozialdemokratischen Innenminister, Herrn Püchel.

Vor diesem Hintergrund wurde - zusätzlich zu den sog. Sammelvorführun-

gen bei den Botschaften - im Rahmen eines Modellprojektes eine Zentrale Ausreiseeinrichtung für ausreisepflichtige Ausländer konzipiert. Bei dem betroffenen Personenkreis handelt es sich zumeist um abgelehnte Asylbewerber, die ihrer Mitwirkungspflicht bei der Passersatzbeschaffung nicht nachkommen und sich somit pflichtwidrig weigern, das Bundesgebiet freiwillig zu verlassen. Durch eine intensive soziale und ausländerrechtliche Betreuung und Beratung sowie die ständige unmittelbare Erreichbarkeit der Ausländer soll die Bereitschaft zur Mitwirkung gefördert und gestärkt und letztlich die Ausreise dieser Personengruppe mit Nachdruck betrieben werden.

Die Kriterien, nach denen Flüchtlinge in das "Ausreisezentrum" eingewiesen werden sind hochgradig subjektiv, schon der Begriff der Mitwirkungspflicht ist so weit dehnbar, dass er nur der Willkür der Ausländerbehörde dient. Nehmen wir den Fall von M. (Name der Redaktion bekannt.) Er lebte unweit von Halberstadt in einem kleinen Städtchen und hatte eine feste Arbeitsstelle. Gemeinsam mit einer ehemaligen Lebensgefährtin besitzt er das gemeinsame Sorgerecht für einen Sohn, für den er regelmäßig Unterhalt bezahlte und den er regelmäßig besuchte. Das war für die Ausländerbehörde in Wernigerode wohl ein Zuviel an Integration und sie wies M. unter dem Vorwand der fehlenden Mitwirkungspflicht in das Ausreisezentrum ein. Die Folgen waren der Entzug der Arbeitser-

laubnis, die Begrenzung seines Aufenthaltes auf die Stadt Halberstadt. Die "intensive soziale und ausländerrechtliche Betreuung und Beratung" besteht darin, dass ihm jedes Bargeld entzogen wird, also auch das bisschen Taschengeld, was den anderen Flüchtlingen noch gezahlt wird. Die Aufenthaltsgenehmigung wird immer nur für zwei Tage gewährt und sämtliche persönliche Dokumente wurden eingezogen und durch einen "Heimausweis", das "blaue Papier" ersetzt.

Es gibt Menschen im Ausreisezentrum, die bereits zwei Jahre unter diesen Bedingungen leben. Die fast tägliche Meldung bei der Ausländerbehörde, das Fehlen jeglicher finanzieller Mittel, das Vorort vermittelte "Du bist hier nicht willkommen" und die strikte Begrenzung auf die Stadt Halberstadt führen zur Isolation der Flüchtlinge inmitten aller Öffentlichkeit. Die Folgen sind Apathie, Depressionen bis hin zu körperlichen Leiden. Die größten Probleme ergeben sich aber auf Grund der Infragestellung der Identität der Flüchtlinge. Die Definitionsmacht liegt eindeutig bei der Ausländerbehörde, die damit auch entscheidet, in welches Land der Flüchtling abgeschoben werden soll. Rechtliche Mittel, um sich zu verteidigen zu können, stehen dem Flüchtling nicht zur Verfügung, womit in Wirklichkeit die Ausreisezentren "rechtfreie Räume" sind, in denen die Behörden walten und schalten können, so wie sie es wollen.



Besucht wurde das Ausreisezentrum schon oft, versprochen wurde viel und gehalten wurde nichts. Die Flüchtlinge bleiben in ihrem Widerstand isoliert und von Behörden umgeben, in denen der Rassismus Amtssprache ist.

M. wurde 2002 in das Ausreisezentrum eingewiesen. Im September dieses Jahres bekam er von der Beamtin der Ausländerbehörde in Wernigerode, Frau Münzberg - die gleiche Beamtin, die für seine Einweisung zuständig war - ein Schrei-

ben, in dem ihm vorgeworfen wurde, dass er seinen Unterhaltspflichten gegenüber seinem Sohn nicht nachkomme. Er würde ihn auch nicht besuchen, hieß der Vorwurf, um abschließend festzustellen "dass es sich hier nur um eine Begegnungsgesellschaft handelt, die dem Wohl des Kindes nicht schadet, wenn sie nicht mehr existent ist."

Der Leiter des Ordnungsamtes des Landkreise Halberstadt, Herr Dhemant, meinte sogar eine Demonstration, an der auch Flüchtlinge teilnahmen, sinngemäß kommentieren zu müssen, dass Flüchtlinge keinerlei Probleme hätten, in der ZAST wie Schweine hausen würden und ausschließlich geldgierig seien.

„Meine Skepsis bleibt. Ausreise oder Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern sind von der Natur der Sache her eine sehr konfliktreiche Angelegenheit. Dafür sind die Interessen einfach zu gegensätzlich. Meines Erachtens sind die dezentralen örtlichen Strukturen viel besser geeignet, Rückkehrhindernisse aus dem Weg zu räumen.“, äuserte sich der damalige Ausländerbeauftragte Piening, am 20.02.02. Dieser Satz sagt so ziemlich alles über die Qualität des bürgerlichen Widerstandes.

Durch das Innenministerium wurde jetzt in einem weiteren Erlass die Bedingungen in den Ausreisezentren verschärft. So sollen zukünftig auch kinderlose Ehepaare in das Ausreisezentrum eingewiesen werden können. Die Quintessenz des Erlasses besteht darin, dass zum Einen das Ausreisezentrum weiter fortgeführt werden soll und zum anderen alle Maßnahmen zur "Sanktionierung" genutzt werden sollen, um die Flüchtlinge zur Ausreise zu zwingen. Strategisch bedeutet dies, dass die ZAST

von einen Ort der Aufnahme in einen Ort der Abschiebung umgewandelt werden soll. Die Erlasse zur Durchführung der Ausreisezentren sind so geheim, dass selbst Abgeordnete des Landtages Sachsen-Anhalt ihn nicht zu Gesicht bekommen.

Die Extremisten der demokratischen Mitte, einschließlich der Partei des Demokratischen Sozialismus, schweigen beharrlich. Ein offener Brief der Flüchtlinge vom 15.8.03, in dem sie unter anderem formulierten "Wir werden schlimmer als Kriminelle behandelt. Wir sind einzig und allein nach Deutschland gekommen, um unser Leben zu retten und nicht, um es weiteren Repressionen auszusetzen. Wir möchten nicht als psychisch kranke Menschen in unsere verschiedenen Länder zurückkehren in einem Zustand, der schlimmer ist als vor unserer Einreise nach Deutschland. Während andere einen normalen Asylprozess durchlaufen, werden wir als ‚Versuchskaninchen‘ missbraucht.", wurde gar nicht erst zur Kenntnis genommen. Jetzt haben sich Flüchtlinge in einem Brief an die Vorsitzende des Petitionsausschusses des Landtages, Frau Knöfler, gewandt, mit der Bitte, dass sie sich für die Schließung der Ausreiseeinrichtung einsetzt ...

Wir werden sehen, ob sich in Sachsen-Anhalt Menschen finden, die den Kampf der Flüchtlinge unterstützen werden. Da das Ausreisezentrum auf der Grundlage von Erlassen des Innenministeriums besteht, könnte es von dem Selbigen auch geschlossen werden.

Alle kursiv gesetzten Stellen stammen von der Homepage des Innenministeriums Sachsen-Anhalt (www.sachsen-anhalt.de)

Was heißt Vegan?

Vegan leben heißt, eine Philosophie in die Praxis umzusetzen, die jede Ausbeutung von Tieren vermeiden will. Die vegane Philosophie ist revolutionär, denn sie bricht mit dem jahrtausendealten Anspruch des Menschen, die anderen Lebewesen auf diesem Planeten für alle seine Zwecke nutzen zu dürfen. Vegan denken und handeln geht weit über den Schutz von Tieren vor Mißbrauch und Mißhandlung hinaus. Es bedeutet, den Tieren ihre natürlichen Rechte zurückzugeben, sie aus der Tyrannei des Menschen zu befreien. Das vegane Denken betrachtet Tiere als gleichwertig und gesteht ihnen uneingeschränkt die Grundrechte auf Leben, körperliche und psychische Unversehrtheit, Freiheit und Eigenwürde zu. Tiere haben ebenso wie Menschen Anspruch auf eine von ihren evolutionären Anlagen vorgegebene Existenz und auf die in diesem Rahmen möglichst freie Entfaltung und Selbstbestimmung, die der Mensch nicht manipulieren darf. VeganeInnen versuchen diese elementaren Rechte nicht weniger als die der eigenen Gattung zu respektieren. Dazu gehört in erster Linie der Abschied von der als angebliche Selbstverständlichkeit übernommenen Vorstellung vom Tier als Rohstoff für Nahrung, Kleidung und sonstigen Bedarf. VeganerInnen bleiben nicht auf halbem Wege stehen, indem sie nur vom Fleisch- und Fischessen Abstand nehmen. Sie gehen weiter als der klassische Vegetarismus und meiden auch Milchprodukte, Eier, Honig und alle versteckten Nahrungszusätze tierlicher Herkunft, etwa Gelatine, manche E-Zusätze und diverse Geschmacksverstärker. Sie tragen nicht nur keinen Pelz, sondern auch kein Leder, keine Wolle, keine Seide, keine Daunen, keine Perlen und keinen Körperschmuck aus Körperteilen von

Falafel

Zutaten (für 4 Personen):

- 500 g Kichererbsen, über Nacht eingeweicht, abgetropft und püriert
- 1 TL gemahlene Koriander
- 1 Knoblauchzehe, gehackt
- 1 TL gemahlene Kreuzkümmel
- ½ TL Cayennepfeffer
- 30 g Mehl, Öl zum Fritieren, Salz

Das Kichererbsenpüree mit Koriander, Knoblauch, Kreuzkümmel, Cayennepfeffer und Salz vermischen. Das Mehl dazugeben und gut vermengen. Aus dem Teig kleine Bällchen von etwa 3cm Durchmesser formen und in heißem Öl in etwa 2 bis 3 Minuten goldbraun fritieren.

Dazu: Salat und eine einfache

Tomatensauce:

- ca. 800g Tomaten
- 1 Gemüsezwiebel
- 1 EL Gemüsebrühe (Achtung: nicht alle sind vegan !!!)
- Salz, Pfeffer, (Knoblauch)
- evtl. Thymian, Oregano oder andere Kräuter, Olivenöl

Tomaten häuten(am besten vorher mit kochendem Wasser übergießen und etwas warten) und würfeln, Zwiebel schälen und ebenfalls würfeln. Öl erhitzen, die Zwiebel darin anbraten; nach etwa 3 Minuten die Tomaten hinzugeben(und evtl. etwas Wasser).Das Ganze 15 Minuten köcheln lassen. Mit Gemüsebrühe, Gewürzen und Kräutern würzen. Die Sauce eventuell noch pürieren. Zum Verfeinern kann zusätzlich noch Soja-Sahne hinzugefügt werden.

Tieren. Und wo immer und wie immer sie können, kämpfen sie dafür, Tiere von jeder Unterdrückung zu befreien und ihnen Achtung zu verschaffen.

In den nächsten Ausgaben werden wir mit Vorurteilen wie angeblicher Mangelernährung durch Veganismus aufräumen und den positiven gesundheitlichen Aspekt veganer Ernährung ernährungswissenschaftlich erläutern.

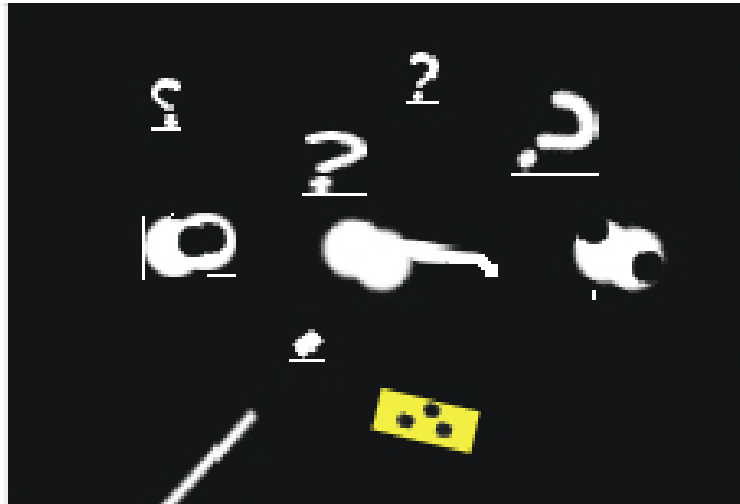
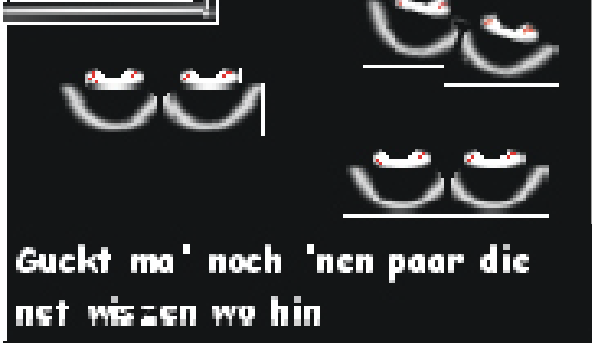
NR. 1

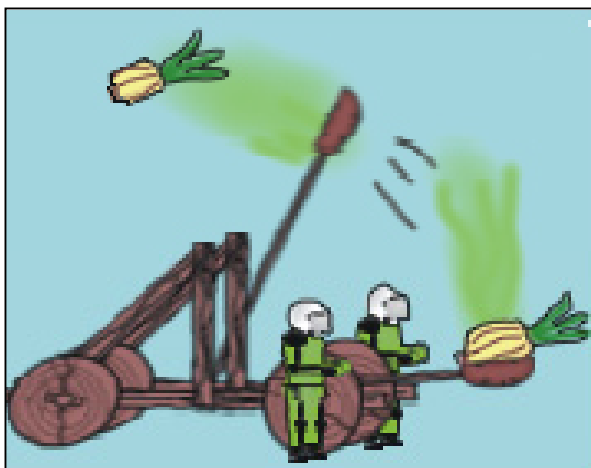
BLACK BLOCK



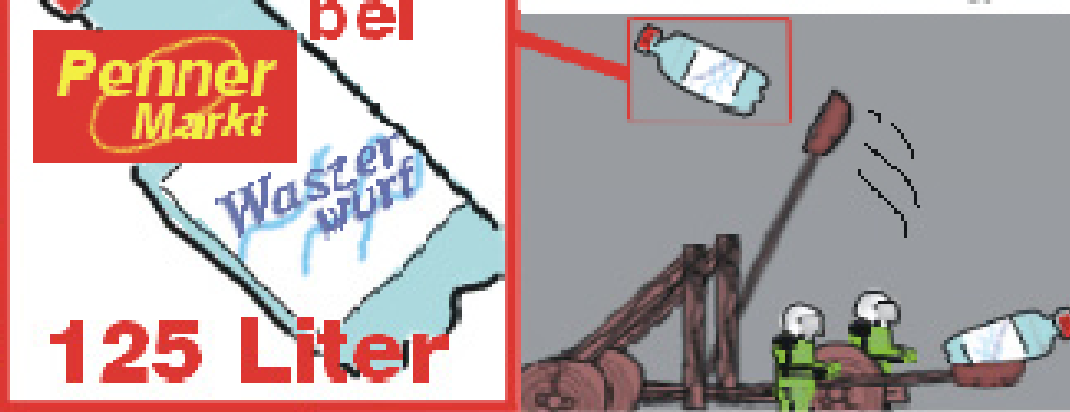
SOWAT
KOMMT VON
SOWAT

Irgendwo
früHHN
morgens

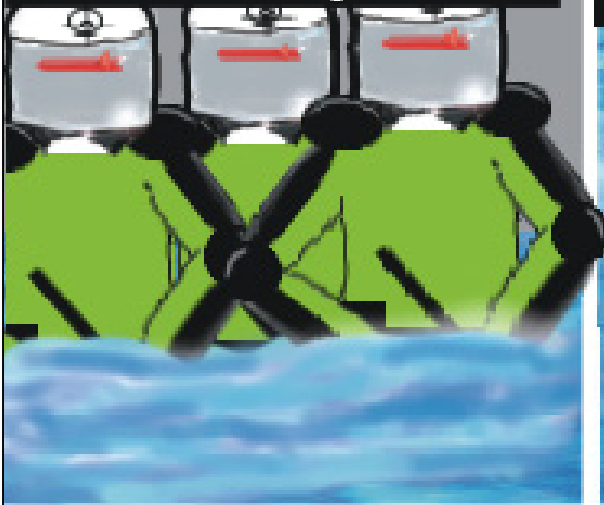




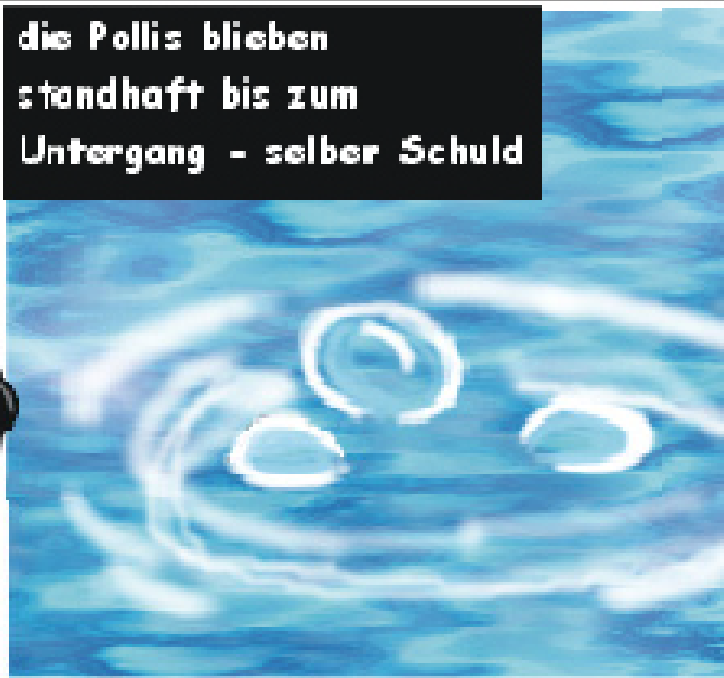
Neu bei
Penner Markt
Waszerwürf
125 Liter



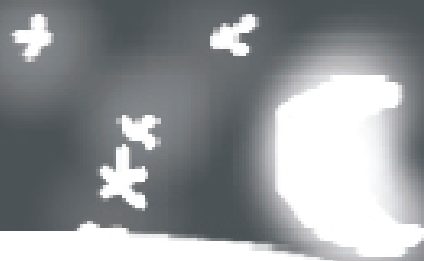
stundenlang WasserWerfen
und TränenGasen führten zu
ÜberSchwemmungen



die Pollis blieben
standhaft bis zum
Untergang - selber Schuld



Als das JahrhundertHochwasser
zurück ging trockneten die
AktivistInnen die Klamotten am
Feuer und feierten in gemütlicher
Runde bis zum nächsten
BLACK BLOCK



Polizei, SA, SS
GeEsGe 9 und BeGeEs



Ein ‚S‘ zuviel im Namen der SPD

Mit einem Protestbesuch im Parteibüro der SPD in Magdeburg haben Mitglieder des globalisierungskritischen Netzwerks Attac am Montag, 20.10. gegen die Agenda 2010 demonstriert. „Die Agenda 2010 ist in den wesentlichen Punkten gegen die Armen und ohnehin bisher Chancenlosen dieser Gesellschaft gerichtet, egal ob alt oder jung!“, sagte Jens Maeße von Attac-Magdeburg. Die Steuerpolitik der Bundesregierung lässt große Vermögen unangetastet. Zudem macht sie Steuergeschenke an die Großkonzerne, sagte Maeße. „Die SPD hat das ‚S‘ im Namen nicht mehr verdient.“ Vor dem Parteibüro der SPD in Magdeburg forderten Mitglieder von Attac ein Ende des Sozialabbaus. „Deutschland ist Exportweltmeister, aber immer mehr Menschen bleiben auf der Strecke“, sagte Maeße. „Der gesellschaftliche Reichtum ist groß genug, um ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen.“ Dazu sei es notwendig, alle Einkommen, inklusive der Unternehmensgewinne, zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme heranzuziehen. Attac Magdeburg trifft sich jeden 2. und 4. Montag im Monat um 19 Uhr 30 im Einewelt-Haus in der Schellingstr. 3-4 in Magdeburg. Alle Sitzungen sind öffentlich. Infos unter: www.attac.de/magdeburg.

Hakenkreuze am Gewandhaus

Auf frischer Tat ertappt wurde Sonnabend ein Sprayer aus Merseburg. Der 35-Jährige hatte das Leipziger Gewandhaus

mit bis zu 50 Zentimeter großen Hakenkreuzen beschmiert. Eine Mitarbeiterin des Musentempels am Augustusplatz alarmierte die Polizei die noch am Tatort den Schmierer vorläufig festnahm. Der Sachsen-Anhalter trug einen Zettel bei sich, auf dem die politischen Sprüche notiert waren, die der Merseburger neben den Hakenkreuzen hinterlassen und mit seinem Namen unterzeichnet hatte.

Stalingrad-Veranstaltung in Halle gestört

Im Rahmen der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht; Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“ die am 11. Januar in Halle endete, fand am Freitag, dem 09. Januar, die Lesung einer Künstlergruppe „Stalingrad – Erzählungen aus dem Kessel“ vor knapp 30 Zuhörern statt. Regisseur Volker Mayer-Delbisch, der die Lesung inszenierte, ließ es sich schon im Vorfeld der Veranstaltung nicht nehmen, darauf hinzuweisen, dass es ihm nicht um Täter oder Opfer ginge, sondern um das gemeinsam erfahrene Leid - sei es das der Deutschen oder das der von ihnen überfallenen Russen.

Die Veranstaltung wurde daher von ca. 20 Antifas gestört – die kurz vor Beginn der Veranstaltung sich im Haus verbarrikadierten und ein Transparent „Dank der Roten Armee für die Zerschlagung Nazideutschlands!“ ausrollten. Sie versperrten so Regisseur und Besuchern den Zutritt. Mit halbstündiger Verspätung konnte

die Veranstaltung dann doch noch in einem anderen Raum stattfinden. Die BesetzerInnen verschwanden, nachdem 10 Streifenwagen vor Ort aufgefahren waren.

Direkte Aktionen lohnen

Was viele ArbeiterInnen scheinbar noch nicht einsehen wollen, hat unlängst wieder mal ein Unternehmer vorgemacht: in einer nächtlichen "direkten Aktion" zwischen den Feiertagen zum Jahreswechsel wurden sämtliche Maschinen der KSR Automative GmbH Magdeburg, einem Zuliefererbetrieb für die Automobilindustrie, demontiert. Während die Mitarbeiter in ihren wohlverdienten Betriebsferien waren, setzte die kanadische Konzernmutter ihre Produktionsverlagerung nach England kurzerhand um und damit 30 Angestellte auf die Strasse. Im neuen Jahr begann dann ein allgemeines Wehklagen über die "wirtschaftlich völlig unmotivierte" Entscheidung. Was der Magdeburger Volksstimme (7.1.04) rätselhaft erschien – schrieb doch das Unternehmen "schwarze Zahlen" – sah der Magdeburger Wirtschaftsbeigeordnete Puchta klarer. Er sprach von einer "unternehmerischen Entscheidung, die man wohl oder übel akzeptieren" müsse – ihm dürfte bekannt sein, dass es Unternehmern nicht um das Vermeiden von "roten Zahlen" geht, sondern um Maximalprofite.

Wer hat an der Uhr gedreht?

Während sich Überstunden häufen und die Forderungen nach Verlängerung der Lebens- und Wochenarbeitszeiten immer vehementer gestellt werden, fragen sich inzwischen fortschrittliche PolitikerInnen, was denn dann mit den Kindern der Allzeitarbeitenden geschehen soll. Und das zu Recht – schliesslich ist ein Hausfrauendasein zwar kirchenpolitisch korrekt, nützt aber nix, wenn die Haushaltskasse infolge fortwährender "maßvoller Tarifabschlüsse" das nicht mehr zulässt. Frau Pieper, Vor(zeige)denkerin der FDP, inspirierte mit ihrer Forderung, dass bereits Vierjährige in die Schule geschickt werden sollten, zahlreiche andere HinterbänklerInnen der Blockparteien. In Magdeburg forderte Frau Meier von der PDS-Ratsfraktion, dass zumindest fünf Kitas der Stadt wenigstens bis 20.00 Uhr geöffnet sein sollen. Einwände seitens Frau Paasch (SPD), dass dann die Arbeitgeber ja noch ein "Druckmittel" mehr in der Hand hätten, längere Arbeitszeiten durchzusetzen, wischte Weiterdenker Wähnelt von den Grünen mit dem Argument, dass sich Arbeitgeber ohnehin sich nicht um Kinderbetreuungszeiten kümmern, vom Tisch. Klarer fasste aber Herr Ratskollege Schwenke (CDU) die Sachlage zusammen: "zu Ende gedacht, müssten wir unsere Kitas angesichts der heutigen Arbeitswelt dann rund um die Uhr öffnen". Recht hat er, der Mann!

Quelle: Magdeburger Volksstimme vom 10.1.04

Erstes grosses Störenfried-Preisrätsel

Hier seht Ihr zwei der glücklichen Gewinner des Preisrätsels des „Magdeburger Generalanzeigers“ vom 28.12.2003:



Über einen Sound Soother freute sich Barbara Dost aus Schönebeck



Sabine Bathge aus Magdeburg freute sich über den Swopper.

Diese vom Glücke heimgesuchten Gesichter waren für uns Anlass, ebenfalls ein Preisrätsel für unsere treue LeserInnenschaft zu stiften. Wenn Ihr uns plausibel erklären könnt, was da in den Kartons steckt, und worüber sich die Damen so offensichtlich aus vollem Herzen freuen, dann nehmt Ihr an unserer Auslosung teil und könnt eurerseits einen der folgenden fantastischen Preise gewinnen:

1. Preis:

Ein phänomenaler „Fopp Swasher“
(inkl. Flux- Controller und 3fach-Flair Blaster)

2. Preis:

10 handliche und überaus nützliche „Flix Pusher“ (mit Solar-Spray und Smoothy-Poops)

3. Preis:

100 brandneue „Smelly Puffers“ (incl. Fun Garantizer)

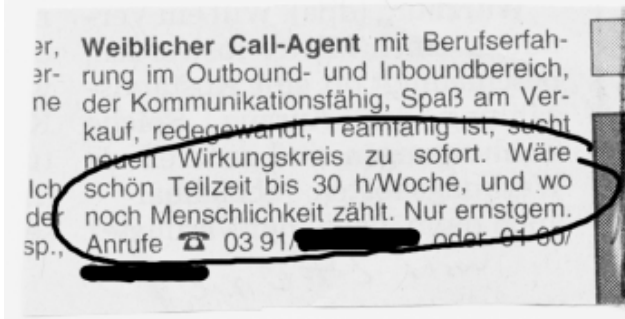
Alle Hilfsmittel sind erlaubt, wie z.B.:

- Grosses Handbuch des kritischen Kosumenten
- 50:50-Joker , Publikums- und Telefonjoker
- Dabbeljuh Dabbeljuh Dabbeljuh fun dot com

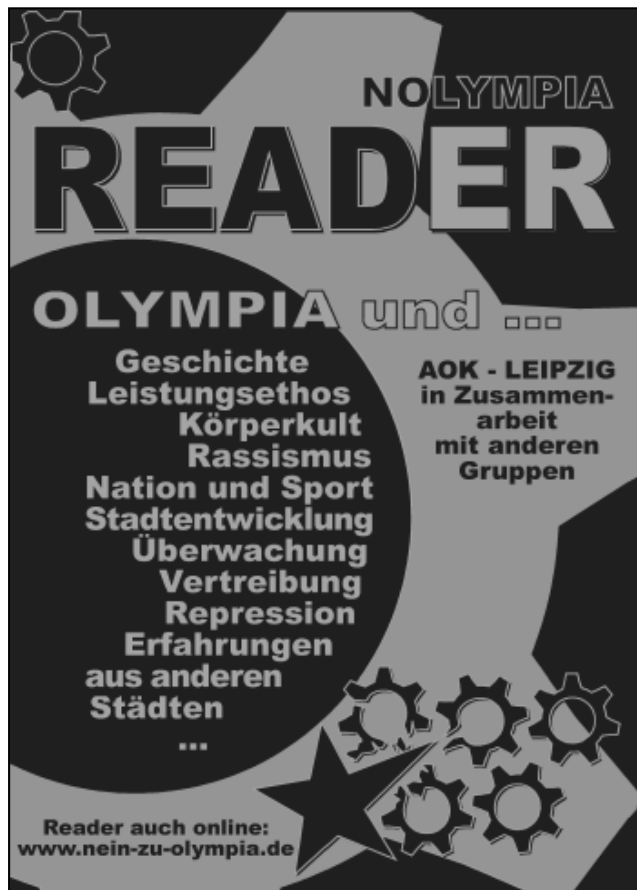
Wir wünschen Euch viel Spass bei der Lösung der Preisfrage! Einsendeschluss ist der 30.05.04. Wie bei echten Radikalen allgemein üblich ist natürlich der

Wo Menschlichkeit zählt

Das Arbeitslosigkeit nicht mit Utopieverlust einhergehen muss, zeigt uns diese Kleinanzeige aus der Volksstimme vom 24.1.04.



Mittlerweise 15 Jahre bundesdeutscher Realität auf dem Arbeitsmarkt müsste doch selbst den unverbesserlichsten Zonis gezeigt haben, dass man hierzulande nur das zählt, was hinten rauskommt...



Der Störenfried im Abo

Wer in Zukunft immer aktuell informiert sein will, der kann unsere Kollektion journalistischer Laienkunst auch im Abo beziehen. Dafür braucht ihr euch nun maximal noch bis zum Briefkasten schleppen - und seid trotzdem über den Stand der Vorbereitungen zur Weltrevolution informiert. Allerdings hat das auch seinen Preis: zusätzlich zu den Kopierkosten kommen noch die für die deutsche Pest in Höhe von rund 0,50 Öros. Macht nach Adam Ries und beide Augen zugedrückt 6 Euro für's Jahresabo.

Ist Euch zu wenig? Dann könnt ihr natürlich auch nach Gutdünken mehr Kohle überwachsen lassen und damit - ohne weitere eigene Anstrengungen - das Erstarren der revolutionären Klasse in Magdeburg beschleunigen.

Das Geld dann einfach als Schein(e) - notfalls auch Briefmarken - an die Adresse auf der letzten Umschlagseite schicken und schon kommt das Magdeburger Zentralorgan für Agitprop bequem ins Haus.

Wir möchten Euch an dieser Stelle wieder aufrufen, uns rechtzeitig Eure Termine zukommen zu lassen. Am günstigsten für uns ist natürlich eine Zusendung per Mail, damit sparen wir uns das mühselige Abtippen.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 15. Juni 2004.

Email: blaue-welt-archiv@web.de
Post: BWA, Thiemstr.13, 39104 MD
ViSdP: W. Wunderer

Kontaktadressen:

Anti-Castor-Netz Magdeburg
c/o BUND, Olvenstedter Str. 10
www.antiatom.de/magdeburg/

Autonomer Zusammenschluß MD
MAGMA, PF1751, 39007 MD
Email: azmagdeburg@hotmail.com
www.az-md.org

Die Gruppe MD
Info-Pool im Web.
Postfach 1943
39009 Magdeburg
mailto@die-gruppe-md.de
www.die-gruppe-md.de



b_ves (Bildungsverein Elbe-Saale)
Landesgeschäftsstelle
Ebendorfer Straße 3
Telefon und Fax: 0391/7324980
39108 Magdeburg
www.bildungsverein-elbe-saale.de
[bildungverein.elbe-saale@t-online.de](mailto:bildungsverein.elbe-saale@t-online.de)

Soziokulturelles Zentrum ZORA e.V.
Am Johanneskloster 9
38820 Halberstadt
Tel.: 03941/25126; Fax: 03941/611059
www.zora.de
zora@zora.de

Rote Hilfe MD
magdeburg@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de/magdeburg



Freie ArbeiterInnen Union MD
Anarchistische Gewerkschaftsinitiative
Email: fau.md@fau.org
www.fau.org

Greenkids Magdeburg e.V.
Karl-Schmidt-Straße 4
39104 Magdeburg
Dienstags 13-16 Uhr
Fon: 01 62-78 68 204
mail@greenkids.de

Wabe e.V. (Wohnprojekthaus)
Thiemstraße 13, 39104 Magdeburg
Wabe e.V. hat auch ein eigenes Café mit dem schönen Namen „ThiemBuktu“
Öffnungszeiten:
Mittwoch und Sonntag ab 20.00 Uhr
Jeden Dienstag von 9-13 Uhr
Sozialhilfeberatung.

Löwenzahn e.V.
Thiemstrasse 13
39104 Magdeburg
www.projekthaus-loewenzahn.org
mail@projekthaus-loewenzahn.org
Telefon: 0162/8608949
Treffen jeden 3. Freitag/Monat 18.00 im BWA

jungdemokratInnen - junge linke
c/o IVVdN, Ebendorfer Str. 3, 39108 MD
0177/6378066 (Stefan)
Email: lsa@jungdemokratinnen.de
www.jungdemokratinnen.de/lsa

<http://www.bwa.black-red.de> * Telefon: 0391 / 40829081

blaue welt archiv

Thiemstrasse 13 - 39104 Magdeburg * blaue-welt-archiv@web.de

